

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1 Einleitung	2
2 Die zehn Elemente des sozialen Köln in ihrer tatsächlichen Ausprägung	3
2.1 Sozialpolitik – ein unverzichtbarer Bestandteil aller kommunalen Handlungsfelder	3
2.2 Kreativer Pragmatismus	8
2.3 Köln und seine Veedel	11
2.4 Wohnungspolitik	16
2.5 Nothilfe und Reintegration	18
2.6 Prävention	22
2.7 Kooperation und Partizipation	26
2.8 Selbsthilfe	33
2.9 Barrierefreiheit	35
2.10 Bürgerschaftliches Engagement	39
3 Sozialraumorientierte Hilfsangebote – ein Gesamtbeispiel	43
4 Ausblick	45

## 1 Einleitung

Das "Leitbild Köln 2020" beschreibt die Vision einer Stadtgesellschaft, in der ein hohes Maß an sozialer Sicherheit für alle Kölnerinnen und Kölner verwirklicht ist. Diese Vision nimmt durch die Leitlinien für ein soziales Köln konkrete Formen an.

Die Leitlinien für ein soziales Köln zeichnet aus, dass sie auf die besonderen Ressourcen und Potentiale der Kölner Stadtgesellschaft hinweisen, die die Stadt benötigt, damit in ihr Menschen zufrieden und in Frieden miteinander leben können. Sie weisen zu Recht darauf hin, dass Sozialpolitik sich nicht auf explizit zugewiesene soziale Handlungsfelder reduzieren lässt. Um sozialen Frieden in Köln zu realisieren, ist nach den Leitlinien eine Stadtpolitik notwendig, die den sozialen Aspekt als unverzichtbaren Bestandteil aller kommunalen Handlungsfelder berücksichtigt.

Gemäß den Leitlinien bedarf Köln als soziale Stadt eines soliden Fundaments. Dieses Fundament besteht aus der engen Verbindung von zehn Elementen einer sozialen Stadtpolitik. Die tatsächliche Ausprägung dieser zehn Elemente soll zeigen, wie sozial Köln denn bereits ist und handelt. So wurden alle Dezernate der Stadtverwaltung gebeten, ihre Geschäfts- und Handlungsfelder unter den Fragestellungen der einzelnen Elemente zu betrachten und den Stand zum Jahresende 2007 mitzuteilen. Im Rahmen dieser Abfrage haben sich fast alle Dezernate positioniert.

Der vorliegende Statusbericht zeigt in einem ersten Prozessschritt die Maßnahmen, die soziales Handeln in Köln im Hinblick auf die zehn Elemente belegen. Er beinhaltet also eine Zusammenfassung dessen, was wir in Köln vorfinden.

Hieran anschließen sollen sich jährlich erscheinende Entwicklungsberichte, die die Veränderungen im sozialen Köln beschreiben. Begleitet wird dieser Prozess von Mitgliedern der Leitbildgruppe "Moderne Stadtgesellschaft" und Professoren der Katholischen Hochschule NRW, die den sog. Beirat bilden. Ausgangspunkt für den Entwicklungsbericht soll ein Fragenkatalog sein, den der Beirat erstellt.

## 2 Die zehn Elemente des sozialen Köln in ihrer tatsächlichen Ausprägung

### 2.1 Sozialpolitik – unverzichtbarer Bestandteil aller kommunalen Handlungsfelder

Sozialpolitik ist ein unverzichtbarer Bestandteil aller kommunalen Handlungsfelder. Mehr noch: in institutionalisierter Form müssen wesentliche Vorhaben in allen Politikfeldern darauf überprüft werden, ob ihre Ausführung und Ausgestaltung sozialverträglich ist, das heißt, die soziale Balance in der Stadt fördern und Integration ermöglichen oder aber desintegrierend wirken.

Viele Bereiche der Kölner Sozialpolitik sind vorbildlich für die ganze Bundesrepublik, wie beispielsweise die Wohnungslosenversorgung oder die Drogenpolitik. Kaum eine andere Großstadt verfügt über eine derart dichte und flächendeckende Versorgung. Dass damit auch alle kommunalen Handlungsfelder sozialpolitisch ausgerichtet sind, ergibt sich leider nicht.

#### Kinder und Jugendliche

Das **Amt für Kinder, Jugend und Familie** ist aufgrund seiner gesetzlich festgelegten Aufgaben grundsätzlich der Familien- und Kinderfreundlichkeit verpflichtet. Insofern dienen alle Maßnahmen und Angebote dazu, die soziale Integration von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu sichern bzw. wieder herzustellen.

Hierzu gehörte auch, das bestehende **soziale Frühwarnsystem** zu verbessern. Mit wissenschaftlicher Unterstützung wurden konzeptionelle Vorschläge entwickelt, die einen Beitrag zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit und des Kinderschutzes leisten. Dazu beschloss der Rat der Stadt Köln folgendes:

- Entwicklung von einheitlichen Standards der Früherkennung in Familienzentren und Kindertagesstätten
- Kinder-Willkommens-Besuche (KiWi) von Eltern mit neugeborenen Kindern
- Gesunde Zukunft für Kinder in Köln
- Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst

Auch die im Bereich des **Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD)** gewährten Hilfen (in 2007: 5.071 gewährte Einzelfallhilfen nach SGB VIII) haben immer auch den Ausgleich von Benachteiligungen sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als Zielsetzung vor Augen. Des Weiteren werden für flankierende Maßnahmen zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit in neun Jugendwerkstätten ständig 210 Plätze vorgehalten und mit über 2 Millionen Euro unterstützt.

Weiterhin wurde der bedarfsgerechte Ausbau von Plätzen für die

	<p>Betreuung von <b>unter dreijährigen Kindern</b> (U3) beschlossen. Als Zielquote wurde festgelegt, bis zum 01.10.2010 für 20% der unter dreijährigen Kinder einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen. Um das erforderliche Ausbauprogramm umsetzen zu können, wurde bereits zum Kindergartenjahr 2007/08 mit der Aufstockung begonnen. So wurden die am 01.10.2006 zur Verfügung stehenden 1.690 U3-Plätze zum Kindergartenjahr 2007/08 um weitere 1.135 U3-Plätze aufgestockt.</p>
Soziales	<p>Die Überprüfung auf sozialverträgliche Ausführung und Ausgestaltung beinhaltet die Teilaspekte sozialpolitische Ziele, Nachhaltigkeit und die Verknüpfungsebenen einer integrierten Stadtentwicklung. Berücksichtigung finden alle drei Aspekte z.B. in den beiden zentralen Vorhaben <b>sozialraumorientierte Hilfsangebote</b> und <b>Soziale Stadt NRW</b>. So führt die Realisierung des Sozialraumansatzes zu einer Konzentration der öffentlichen Mittel auf Wohngebiete mit besonderer sozialer Belastung. Hier werden soziale Hilfen über alle Akteure in einem Sozialraum angeboten und alle Potentiale im Sozialraum genutzt. Im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt verfolgt das integrierte Handlungskonzept Mülheim das Ziel, die wirtschaftliche und soziale Situation des Programmgebiets auf das durchschnittliche Niveau der Stadt Köln zu heben.</p>
Senioren u. Seniorinnen	<p>Auch im Amt für Soziales und Senioren werden wesentliche Vorhaben der Seniorenpolitik wie zum Beispiel der Verselbständigungsprozess der <b>Kölner SeniorenNetzwerke</b> oder die Quartiersentwicklung für Menschen über 60 Jahre im Dialog mit der in Urwahl gewählten Kölner Seniorenvertretung und in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik abgestimmt und auf ihre Sozialverträglichkeit überprüft.</p>
Integration	<p>Im Aufgabenbereich des <b>Interkulturellen Referats</b> liegt die Erarbeitung des Integrationskonzepts. Es legt in allen Handlungsfeldern großen Wert auf die Förderung des friedlichen Zusammenlebens der internationalen Stadtbevölkerung Kölns. Hier wird auch bei Entscheidungen über die Vergabe von Mitteln für Integrationsmaßnahmen an Träger der interkulturellen Arbeit die Förderung von Toleranz, Akzeptanz, Wertschätzung, interkulturellem Dialog und Chancengleichheit als ein wesentliches Kriterium berücksichtigt. Auch wenn Integration viel mehr ist als nur bloße Sozialpolitik, so beinhaltet sie doch viele sozialpolitische Elemente. Hierbei ist wichtig, dass soziale Hilfen interkulturell geöffnet werden.</p>
Schule und Bildung	<p>Wesentlicher Bestandteil der Sozialpolitik ist der offensive Ausbau der <b>offenen Ganztagschule</b> im Primarbereich (OGTS). Seit der Einführung im Frühsommer 2003 wurde die Anzahl der teilnehmenden Schulen und die Zahl der Schülerinnen und Schüler stetig auf 15.000 Plätze erhöht. Die OGTS mit ihren attraktiven und qualitativ hochwertigen Erziehungs- und Bildungsangeboten ist inzwischen von immenser Bedeutung sowohl zur besseren Aus-</p>

	<p>bildung der Kinder als auch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und als Beitrag für die Gestaltung einer sozialen Stadt.</p> <p>Das Konzept "Strategische Planung der <b>Regionalen Schullandschaft</b> Köln" sieht vor, dass das regionale Bildungsangebot dazu dienen soll, eine bestmögliche individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, die vorhandenen Personal- und Sachressourcen optimal zur Erzielung von Synergieeffekten einzusetzen und eine horizontale und vertikale Vernetzung der Bildungspartner zu intensivieren.</p> <p>Bereits seit dem Modellprojekt "<b>Selbstständige Schule</b>" organisieren sich die derzeit etwa 110 beteiligten Schulen – somit ein Drittel der Kölner Schulen – in Unterregionalgruppen. Sie arbeiten schul- und schulformübergreifend an vereinbarten Handlungsfeldern, z.B. zum Thema "Individuelle Förderung". Die Unterregionalgruppen bilden somit die Säulen für die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft.</p> <p>Aufbauend auf den Erfahrungen aus dem Modellprojekt "Selbstständige Schule" bietet das <b>Regionale Bildungsbüro im Schulverwaltungsamt</b> Unterstützung und Beratung bei der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, die sich als gewinnbringend für Schulen erwiesen haben.</p>
Wohnen	<p>In allen Maßnahmen "rund um's Wohnen" spielt <b>sozialverträgliche Ausgestaltung</b> natürlich eine große Rolle. Hierzu zählen u.a. die Wohnungsvermittlung, die Wohnraumförderung, die Wohnungsbeschaffung, die Wohnungserhaltung, die Wohnungsbauförderung, die Wohnungslosenversorgung sowie die Wohnungserhaltung und die Verhinderung von Wohnungsnotfällen.</p>
Gesundheit	<p>Das <b>Gesundheitsamt</b> ist so ausgerichtet, dass nicht nur die Formalien des öffentlichen Gesundheitswesens abgearbeitet werden. Vielmehr versteht die Stadt Köln ihr Gesundheitsamt auch als eine Einrichtung, die dazu dient, Menschen, die aus der medizinischen Regelversorgung heraus gefallen sind, aufzufangen und zu versorgen.</p> <p>Dazu gehört u.a. die Entwicklung der <b>Medizin für Obdachlose</b>, ebenso wie die Versorgung von Nichtversicherten und die Betreuung im Bereich sexuell übertragbarer Krankheiten.</p> <p>Ferner zählt hierzu auch das Projekt "<b>jusch – jung und schwanger</b>". Eine gestörte gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, die in der frühesten Lebensphase beginnt, endet nicht selten damit, dass Jugendliche mit gravierenden soziogenen Entwicklungsstörungen, mit Verhaltensauffälligkeiten und mit geringen Chancen auf Ausbildung und Arbeit selbst Eltern werden. Daher fokussiert sich jusch darauf, sehr jungen, insbesondere minderjährigen und überforderten Schwangeren Beratung und Begleitung zuteil werden zu lassen, damit die Zukunftschancen von deren Kindern nachhaltig verbessert werden.</p>
Umwelt	<p><b>Umweltschutz und Umweltvorsorge</b> greifen ordnend, gestalterisch, planend und bewusstseinsbildend ein. Maßnahmen können</p>

	<p>daher oftmals auch zu Ge- und Verboten, Einschränkungen und finanziellen Belastungen einzelner Bürger/innen sowie gesellschaftlicher Gruppen führen. Sofern sie einem Ermessensspielraum unterliegen, sollten sie daher sozialverträglich ausgerichtet sein.</p> <p>Unterschiedliche soziale Situationen und Bedarfslagen können bei der Einhaltung und Überwachung umweltgesetzlicher Regelungen keine Berücksichtigung finden. Insbesondere bei finanziellen Folgebelastungen finden jedoch in der Regel soziale Härtefallklauseln Anwendung.</p> <p>Als herausragendes Beispiel kann die Festlegung der <b>Kölner Umweltzone 2007</b> im Rahmen der Luftreinhalteplanung genannt werden, die umfangreiche Ausnahmeregelungen im Sinne spezifischer sozialer Situationen und Bedarfslagen sowie Härtefällen vorsieht.</p>
Sport	<p>Die Förderung sozialer Balance ist auch ein Aspekt in der <b>Sportfachverwaltung</b>. Grundsätzliches Ziel ist es, Sportstätten sowohl den Kölner Sportvereinen als auch anderen nicht-kommerziellen Kölner Nutzern zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Besonders schlägt sich das bei Kinder- und Jugendgruppen nieder, die kostenfreie Nutzung haben und bei den Vereinen, die über mindestens 20% an Kindern und Jugendlichen verfügen. Kostenintensive Sportarten wie Schwimmen, Eis- oder Radsport werden darüber hinaus zusätzlich unterstützt.</p>
Kultur	<p>Auch die <b>Kölner Museen und Kultureinrichtungen</b> vermitteln im Rahmen des Bildungsauftrags als öffentliche Einrichtung ihre Inhalte unabhängig von gesellschaftlicher und/oder sozialer Stellung. So tragen auch die in der Benutzungsordnung geregelten Eintrittspreise vielmehr dem sozialen und Bildungsaspekt Rechnung als einer wirtschaftlichen Kostendeckung. Dies ist in dieser Form auch beabsichtigt, um einem breiten Publikum die Themen der Häuser zu erschließen.</p> <p>Der Aspekt der Sozialpolitik bedeutet für das <b>Gürzenich Orchester</b> nach seinem Selbstverständnis wie auch nach seinem Kultur-auftrag, in seiner Arbeit neben dem Ziel einer möglichst breiten musikalischen Bildungsvermittlung einer weitumfassenden Schicht der Bevölkerung Zugang zur ernstesten Musik aller Epochen, unabhängig vom jeweiligen sozialen Status, zu ermöglichen. Dieser Grundsatz spiegelt sich in einer ganzen Reihe von Aspekten der Konzert- und Eintrittspreisgestaltung des Orchesters wieder.</p>

Der Gedanke hin zu einem sozialpolitischen Mainstreaming in allen Bereichen ist durchgängig leider noch nicht verwirklicht. Dennoch gibt es bemerkenswerte ressortübergreifende Projekte, die in diese Richtung tendieren, wie z.B. die sozialraumorientierten Hilfsangebote, die auch im weiteren Bericht immer wieder Erwähnung finden.

Insbesondere in den Dezernaten für Bildung, Jugend und Sport sowie für Soziales, Integration und Umwelt wird die Aufgabenwahrnehmung immer unter den Prämissen sozialpolitischer Blickweisen wahrgenommen.

## 2.2 Kreativer Pragmatismus

Die Politik für ein sozial orientiertes Köln wird seit langem von kreativem Pragmatismus geprägt. Das bedeutet, dass alle Akteure im Rahmen der gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten nach Lösungen und Hilfeansätzen suchen, also unter großem Handlungsdruck pragmatische, kölsche Lösungen finden. Die in Köln von Bürgern, kleinen innovativen Trägern, der Stadtverwaltung und den Trägern der Wohlfahrtspflege entwickelten kreativen realistischen Lösungen haben vielfach Anerkennung und bundesweit Nachahmer gefunden.

Allen in Köln lebenden Menschen stehen neben standardisierten Angeboten auch individuelle und gruppenspezifische Lösungen und Maßnahmen zur Verfügung. Die Stadtverwaltung ist zudem aufgefordert, Strukturen der Zusammenarbeit, die eine Fortschreibung des kreativen Pragmatismus ermöglichen, zu sichern und bei Bedarf zu schaffen.

### Jugendliche

Ein neueres Beispiel des kreativen Pragmatismus ist die **U25-Konferenz**, die 2007 eingerichtet wurde. Aus der Gesamtverantwortung für die **arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen** schlossen sich die Stadt Köln und die Agentur für Arbeit mit anderen Akteuren zur sog. U25-Konferenz zusammen. Sie soll

- die Projekte und Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen aller lokalen Bildungs- und Arbeitsmarktakteure bündeln und stärker aufeinander abstimmen,
- die Einstiegschancen von jungen Erwachsenen fördern, die einen Ausbildungsplatz oder eine Beschäftigung suchen; hierbei sind die sonstigen Integrationshemmnisse wie Schulden, gesundheitliche Einschränkungen und eine fehlende Kinderbetreuung zu berücksichtigen;
- ein effektives lokales Übergangsmanagement an der Schnittstelle zwischen dem schulischen und dem beruflichen Bildungssystem entwickeln.

Die Geschäftsführung nehmen das **Amt für Soziales und Senioren** und die **Kölner Agentur für Arbeit** gemeinsam wahr. Als pragmatisches Arbeitsziel wurde festgelegt übertragbare Lösungsansätze im Stadtteil Chorweiler modellhaft zu entwickeln. Die fachlich und sozialräumlich zusammengesetzten Arbeitsgruppen haben im Bereich Beratung, Gesundheit und Familie neue Impulse gesetzt und neue Herausforderungen beschrieben. Die U25-Konferenz ist auf einem guten Weg, die beruflichen Chancen von jungen Erwachsenen durch eine breite ressortübergreifende Zusammenarbeit lebenswelt- und sozialraumorientiert zu verbessern.

Im Bereich der **Jugendhilfe** ist der kreative Pragmatismus an der



	<p>Tagesordnung. Im ständigen Dialog zwischen der Politik (Jugendhilfeausschuss / Rat), dem Amt für Kinder, Jugend und Familie und den aktuell 419 anerkannten Trägern der Jugendhilfe werden laufend gruppenspezifische Lösungen für die Arbeit in den Stadtteilen entwickelt.</p>
Langzeitarbeitslose	<p>Mit Einführung des SGB II und der <b>ArGe</b> wurden seit 2005 in Köln langjährig bewährte <b>arbeitsmarktintegrative Maßnahmen</b>, durchgeführt von den fachlich vielfältigen und vernetzten Kölner Trägern der freien Wohlfahrtspflege, zunächst weitergeführt. Durch die Anforderungen des SGB II unter dem dort gesetzlich formulierten Vorrang der arbeitsmarktlichen Regelinstrumente des SGB III wurde schrittweise die von Bundesseite strikt geforderte Anwendung des Vergaberechts notwendig. Zum Jahresbeginn 2007 wurde innerhalb der ARGE entschieden, zukünftig die qualifizierenden, arbeitsmarktintegrativen und stabilisierenden Maßnahmen für Langzeitarbeitslose unter Anwendung des Vergaberechts öffentlich auszuschreiben. Gerade die spezielle und bewährte Verknüpfung von sozialräumlichen, sozialen und arbeitsmarktintegrativen Interessen bei der Vergabe entsprechender Maßnahmen in Köln erforderte eine äußerst sensible und präzise, vom Standardprodukt abweichende Beschreibung der gewünschten Maßnahme mit möglichst großen Gestaltungsspielräumen sowie Rücksicht auf bestehende vernetzte Strukturen unter gleichzeitiger Einhaltung sämtlicher vergaberechtlicher Faktoren. Die ArGe entschied sich zu diesem Zweck erstmalig für eine enge Kooperation mit dem <b>Zentralen Vergabeamt</b> der Stadt Köln. Hierdurch wurde einvernehmlich mit der <b>Agentur für Arbeit</b> eine ideale Ergänzung zur zentralen Einkaufspolitik der Regionaldirektion eingerichtet, um lokalen Förderbedarfen besser gerecht zu werden. Damit können passgenaue, hochwertige und im Sinne des Vergaberechts einwandfreie bedarfsgerechte Angebote speziell für benachteiligte und arbeitsmarktferne Personengruppen vorgehalten werden.</p>
Wohnungsnotlagen	<p>Ein weiteres Beispiel für den kreativen Pragmatismus stellt das breit gefächerte Kölner Hilfesystem zur Vermeidung und Behebung von <b>Wohnungsnotlagen</b> dar. Es umfasst neben wirtschaftlichen Hilfen (Übernahme von Mietschulden), auch Beratung und Unterstützung zur Abwendung des Wohnungsverlustes, Hilfen zur Wohnungsbeschaffung und –versorgung und die Koordination stadtteilorientierter Maßnahmen in benachteiligten Wohngebieten.</p>
Soziales	<p>In Köln existieren 11 große <b>Bürgerhäuser und –zentren</b>, die fest in den Veedeln verankert sind und sozial-gemeinwesenorientierte, kulturelle und pädagogische Leistungen bieten. Hier wird kreativ pragmatisch über die Einrichtungsmitarbeiter/innen und die in den Einrichtungen bürgerschaftlich Engagierten gearbeitet. Das Zusammenwirken mit anderen Akteuren der soziokulturellen Szene ist Voraussetzung für erfolgreiches kulturelles und soziales Wirken.</p>

Im sog. "**Drei-Säulen-Modell**" arbeiten die Stadt Köln, der Caritasverband Köln und der Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. auf dem Gebiet der Antidiskriminierung in einer bundesweit einmaligen Kooperation zusammen. Die Schwerpunkte liegen in der Beratung und Unterstützung von Betroffenen sowie in der Entwicklung von Präventionsmaßnahmen. Die Zusammenarbeit fördert die Qualitätssicherung, die Vernetzung der Arbeit und führt zu Synergieeffekten.

Starke Ausprägungen des kreativen Pragmatismus finden sich in den Bereichen Soziales und Jugend sowie immer dort, wo die Verwaltung mit größeren Interessensgruppen der Stadtbevölkerung in Kontakt ist. Inwieweit sich dies auch in anderen Geschäftsfeldern und Aktionsbereichen, in denen die Verwaltung auf einzelne Bürger und Bürgerinnen trifft, umsetzen lässt, bleibt abzuwarten.

## 2.3 Köln und seine Veedel

Köln wird durch seine Veedel geprägt. Diese Prägung hat in der Politik ihren Niederschlag in der Sozialraumorientierung gefunden. In der Realisierung bedeutet das einen Zwischenschritt:

Veedel- oder Sozialraumorientierung verlangt, dass zunächst die Stadtverwaltung die kleinräumlichen Unterschiede und Veränderungen über ein Spektrum von Dimensionen sozialer Lagen regelmäßig erfasst und auf dieser Grundlage die unterschiedliche Bedarfslage der Bewohner/innen städtischer Teilräume feststellt.

In einem zweiten Schritt werden auf der Grundlage der kleinräumlichen Datenerhebung die sozialpolitischen Maßnahmen für einen Sozialraum entwickelt. Bei der Bedarfsermittlung, Planung und Durchführung der Hilfen und Angebote sollen die Bewohner/innen und Akteure eines Sozialraums regelmäßig beteiligt werden. Hilfen und Angebote von Trägern und Initiativen, die den tatsächlichen Bedarf in den Veedeln bzw. Sozialräumen decken, haben einen unverzichtbaren Platz im sozialen Leistungsspektrum, jedoch muss gewährleistet sein, dass die kleinräumlichen Ansätze nicht zu Lasten der notwendigen zentralen Angebote gehen.

Sozialraumorientierte Hilfe hat das Ziel, die Stärken und Potentiale eines Veedels so zu entfalten, dass soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklungen freigesetzt und voran gebracht werden. Grundvoraussetzung ist eine regelmäßige Bedarfsermittlung vor Ort zusammen mit den Veedels-Bewohner/innen. Um die notwendige Aktivierung und Partizipation zu ermöglichen, sollen die Bewohner und Bewohnerinnen eines Sozialraums sowie die lokalen Akteure mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

im Veedel

Seit Frühjahr 2006 wird das durch die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die Kölner Kommunalpolitik und Stadtverwaltung gemeinsam entwickelte Handlungskonzept "**Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln**" schrittweise realisiert. Die zehn Sozialraumgebiete wurden nach übereinstimmenden sozialen und sozio-demographischen Merkmalen auf der Basis der statistischen Viertel gebildet.

Das Konzept verfolgt das Ziel, die Lebensbedingungen für die Bewohner/innen zu verbessern. Dazu sollen die präventiven Angebote verstärkt werden. Angestrebt wird auch eine Bündelung sozialer Leistungen und Angebote durch eine verbesserte Zusammenarbeit und Vernetzung aller städtischen Dienststellen, freier Träger und Verbände. Das Projekt wird über die Stabsstelle Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung im **Dezernat für Bildung, Jugend und Sport** gesteuert. Das **Amt für Soziales und Senioren** beteiligt sich in den zentralen Handlungsfeldern an der Umsetzung des Konzepts. Hierzu gehört insbesondere die Gemeinwesenarbeit, die durch die Sozialverwaltung fachlich gesteuert wird. Über die Stadtteilkoordination der Fachstelle Wohnen findet eine enge operative Zusammenarbeit mit den Akteuren der sozialräumlichen Arbeit statt.

Ein weiteres kleinräumliches Handlungsinstrument ist die **Gemeinwesenarbeit**, die durch das **Amt für Soziales und Senioren** gefördert und fachlich gesteuert wird. Sie richtet sich insbesondere an die Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Wohngebiete, stellt deren Bedarfslage fest und beteiligt sie an strukturellen Veränderungsprozessen. Die finanziellen Mittel in Höhe von 166.000 € jährlich sind hierfür nicht ausreichend, da sie lediglich zur vollen Finanzierung der Gemeinwesenarbeit in drei Projekten ausreichen. Ein Ausbau der Gemeinwesenarbeit ist wünschenswert und notwendig.

Auch die im Jahr 2007 erarbeitete Rahmenkonzeption für die Arbeit der Kölner **Bürgerhäuser und –zentren** berücksichtigt die Sozialraumorientierung. Das Angebot des einzelnen Bürgerhauses setzt an den Bedarfslagen der Bewohnerinnen und Bewohner an. Zu den im Rahmenkonzept festgelegten konstituierenden Merkmalen der Bürgerhäuser zählt die Mitwirkung und Teilhabe der Nutzer/innen.

Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren haben eine wesentliche Funktion in der Schaffung von Möglichkeiten zur Begegnung der Menschen. Sie bieten eine Infrastruktur sowohl zu eigenaktivem Handeln als auch zu konsumtiven Verhalten. Als lebendiger und offener Treffpunkt fördern sie den sozialen, kulturellen und politischen Dialog der Menschen.

Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren beteiligen sich mit ihren Angeboten aktiv an der Gestaltung des Stadtteils und des Stadtbezirks mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensqualität für die Bevölkerung.

Sie fördern die Integration aller Kulturen und sozialer Schichten, sowie die Verbindung zwischen den Generationen.

Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren verfolgen das Ziel möglichst viele Menschen zu aktivieren, um eigenverantwortliches Handeln zu erreichen und/oder für ehrenamtliches Engagement zu motivieren.

Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren sind Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil und im Stadtbezirk. Sie bilden eine Informationsplattform in Verbindung mit Beratungsleistungen.

Die finanziellen Mittel der Bürgerhäuser und –zentren sind nicht ausreichend. Die Notwendigkeit, dass die Einrichtungen Eigenmittel erwirtschaften, wird von allen akzeptiert. Die Gefahr der Verdrängung von Nutzungen, bei denen die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe im Vordergrund steht, durch gewerbliche Nutzungsformen nach Marktgesetzen darf nicht außer Acht gelassen werden.

Die Immobilien, in denen die Bürgerhäuser untergebracht sind, weisen schon jetzt einen Renovierungs- und Sanierungsstau auf, der zur Sicherung des städtischen Vermögens abgebaut werden muss.

Kinder und Jugendliche

Gemäß der Umsetzung des Sozialraumkonzepts werden die Aufgaben des **Allgemeinen sozialen Dienstes (ASD)** im **Jugendamt** nach dem Teamprinzip erledigt. Die Teams sind auf definierte Sozialraumgebiete aufgeteilt. Sog. Schwerpunktträger decken für jedes Sozialraumgebiet die Bedarfe an Hilfsangeboten ab und ergänzen die Teams des ASD. In den so gebildeten Sozialraumteams werden Bedarfe frühzeitig diskutiert und stadtteilbezogene Lösungen gesucht.

Um es Eltern zu erleichtern, Familie und Beruf besser organisieren zu können sowie um die Bildungsqualität, Chancengleichheit und Förderung von Kindern zu verbessern, wurden bis zum Beginn des Schuljahres 2007/2008 insgesamt 17.450 Ganztagschulplätze an Kölner Grund- und Förderschulen eingerichtet. Diesbezüglich werden Kooperationen zwischen dem Schulträger, Trägervereinen sowie Schulleitungen vereinbart, die die Umsetzung pädagogischer Konzepte, die Bestandteil des jeweiligen Schulprogramms sind, verfolgen und das Zusammenspiel, Verantwortungsbereiche und Pflichten der Kooperationspartner der **Offenen Ganztagschule** regeln. Die Konzeptionen enthalten Betreuungs- und Förderangebote sowie Freizeitangebote und besondere Förderangebote für leistungsschwache und –starke Kinder.

Senioren und Seniorinnen

Der Bezug zu einem kleinräumlichen Sozialraum, dem Stadtteil, ist auch wesentlicher Bestandteil für die **Kölner SeniorenNetzwerke**. Beginnend mit zwölf Stadtteilen im Jahr 2002 konnte das Konzept bis zum 31.12.2007 auf 32 Stadtteile ausgeweitet werden.

Die Ziele der Netzwerkarbeit richten sich nach den Gegebenheiten und Notwendigkeiten des Stadtteils. Ausdrücklich gewünscht ist hier eine Netzwerkarbeit, die sich an den Bedarfen, Ressourcen und Problemen im jeweiligen Stadtteil orientiert. Die Ziele werden mit den Netzwerker/innen, d.h. den älteren Bürger/innen vor Ort, abgestimmt.

Arbeitslosigkeit

Auf Grund der stadtteilbezogenen Ausrichtung des **ProVeedel-JobBörsen-Programms** werden auch hier die sozialraumbedingten Besonderheiten und Unterschiede berücksichtigt. Das Programm dient der passgenauen beruflichen Integration erwerbsfähiger Langzeitarbeitsloser mit besonderem Förderbedarf. Bei der individuellen Integrationsplanung werden die Bedingungen des sozialen Umfelds berücksichtigt. Bei diesem Kölner Modell handelt es sich um das Vorbild für die Fördermentalität des SGB II.

Gesundheit

Desgleichen unterstützt das **Gesundheitsamt** im Rahmen des Handlungskonzepts "Sozialraumorientierte Hilfsangebote" gezielt die stadtteilorientierten **Gesundheitsförderungen** im Sinne des Settingsansatzes. In Angriff genommen sind dort Netzbildungen und gesundheitsförderliche Angebote an Orten des Alltages (z. B. Kindergärten, Schulen, Bürgerzentren), aber auch in alten

	<p>Netzwerken mit speziellen niedrighschwelligigen Angeboten, die im Alltag aufgegriffen und dort nachhaltig verankert werden können. Auch das Netz der <b>sozialen Psychiatrie</b> ist veedelsorientiert aufgebaut. So unterstützen die sozialpsychiatrischen Zentren psychisch kranke Menschen wohnortnah bei der Organisation ihres täglichen Lebens und bieten fachärztliche und psychosoziale Beratung, Kontakt- und Freizeitangebote, Betreuung im Wohnbereich sowie Hilfe zur Arbeit und Beschäftigung an.</p>
Stadtentwicklung	<p>Die Stadtteile Mülheim und Buchforst werden im Rahmen des Bund-Länder-Programms "<b>Soziale Stadt</b>" seit 2003 gefördert. Die Strukturdaten für Mülheim zeigen aber einen ungebrochen hohen Bedarf an Förderstrategien, insbesondere in den Handlungsfeldern Lokale Ökonomie und Bildung. Weite Teile des Programmgebiets sind infolge des Strukturwandels durch eine polare wirtschaftliche und stadträumliche Dynamik gekennzeichnet, die in hohem Maße zu <b>sozialer Ungleichheit</b> führt. Damit verbunden sind nicht nur ökonomische Probleme vieler Quartiersbewohner, sondern auch ein wachsendes Konfliktpotential aufgrund objektiv und subjektiv empfundener Teilhabechancen. So wurde das <b>Integrierte Handlungskonzept</b> mit den Schwerpunkten Bildung und Lokale Ökonomie "Mülheim 2020" für den Stadtteil erstellt. Ziel des Strukturförderprogramms ist es, die wirtschaftliche und soziale Situation des Programmgebiets auf das durchschnittliche Niveau der Stadt Köln zu heben. Die Maßnahmen beziehen sich auf die Handlungsfelder Lokale Ökonomie mit Kreativ-, Kultur- und Medienwirtschaft sowie Stärkung der Erwerbsfähigkeit, auf Bildung mit Stärkung der Ausbildungsfähigkeit und gesundheitlicher Bildung, auf Städtebau mit Entwicklung von Flächenpotentialen in Mülheim-Nord und Mülheim-Süd sowie der Zentralentwicklung.</p>
Bürgerhaushalt	<p>Der erste <b>Kölner Bürgerhaushalt</b> zeigt, dass sich das Interesse der Bürger/innen der Stadt sehr stark auf ihr eigenes Veedel konzentriert, da sich die Resonanz vorwiegend auf den eigenen Sozialraum bezog. Insgesamt gingen 4.973 Vorschläge der Bürger/innen zu den Aufgabenbereichen "Straßen, Wege und Plätze", "Grünflächen" und "Sport" ein. Der Rat der Stadt Köln hat bei seinen Haushaltsberatungen die jeweils 100 bestbewerteten Vorschläge jedes Bereichs beraten und entschieden, welche Vorschläge umgesetzt werden. Das Projekt wurde u.a. von den <b>Vereinten Nationen</b> ausgezeichnet. Das erfolgreiche Verfahren wird fortgeführt und weiter entwickelt.</p>
Sport	<p>Seitens der <b>Sportfachverwaltung</b> werden durch die Beteiligung des Sportamts am Rahmenkonzept "Sozialraumorientierte Hilfsangebote" insbesondere die Bereitschaft zur Kooperation mit anderen Ämtern, Einrichtungen und freien Trägern, die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Sport- und Bewegungsangeboten in den Sozialräumen und die Bereitstellung von Sportstätten gemäß der ermittelten Bedarfslage unterstützt.</p>

Durch die Fortsetzung des Projekts "Sport in Metropolen" werden die ermittelten Maßnahmen (Vernetzung von lokalen Akteuren im Themenbereich Sport und Bewegung) fortgesetzt. Aus finanziellen Gründen erfolgt die Umsetzung der Maßnahmen noch lokal begrenzt auf Mülheim. Für eine bedarfsgerechte Ausdehnung fehlen derzeit Mittel für die Bereitstellung des erforderlichen Personals.

Die Bereiche Soziales, Gesundheit, Jugend, Stadtentwicklung sowie auch die Sportverwaltung arbeiten veeedelsorientiert und sind somit in der Lage tatsächlich vorhandene Bedarfe zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu entwickeln und anzubieten. Die Hinweise auf fehlende bzw. nicht ausreichende finanzielle Mittel sollten im Hinblick auf eine Sicherung der Maßnahmen und deren Qualität Beachtung finden.

## 2.4 Wohnungspolitik

Köln als soziale Stadt zeichnet sich auch dadurch aus, dass die Bevölkerung mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum versorgt wird. Diese Forderung stellt sich heute und auch in der Zukunft. Dazu gehört ein ausreichendes Flächenangebot für den Bau von attraktiven und nachfragegerechten Wohnungen und Häusern sowie ein ausreichendes Angebot an preiswertem Wohnraum insbesondere für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen.

Es ist eine innovative Wohnungspolitik gefordert, die die allgemeinen demographischen Veränderungen ebenso berücksichtigt wie die für Köln charakteristischen Zu- und Abwanderungen. Eine besondere Bedeutung kommt den Wohnformen spezieller Nachfragergruppen zu wie z.B. dem Mehrgenerationenwohnen oder dem integrierten Wohnen von Behinderten und Nicht-Behinderten.

bezahlbarer Wohnraum

"Köln braucht neue Wohnungen" – Mit dieser Aufgabe hat sich der vom Rat der Stadt Köln beschlossene **Wohnungsgesamtplan** bereits intensiv befasst. In diesem Plan wird für die verschiedenen wohnungspolitischen Ziele eine Neubauleistung von 57.000 Wohneinheiten für den Zeitraum 2000 bis 2015 ermittelt. Über diese Mengenvorgaben hinaus gibt der Wohnungsgesamtplan mehr Qualitäten und höhere Vielfalt sowie die Ausrichtung auf sich verändernde Wohnformen und Nachfragen im demographischen Wandel für den zukünftigen Wohnungsbau vor. Von den knapp 15.000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern wurden im Zeitraum 2000 – 2006 rund 5.600 geförderte Wohnungen mit einer durchschnittlichen Jahresleistung von rund 800 Wohnungen hergestellt.

Ein weiteres Instrument des Wohnungsgesamtplans ist das **Kölner Wohnungsbauforum**. Mitwirkende sind hier neben der Verwaltung Experten aus Verbänden und aus der Politik, aber auch Projektentwickler und Vertreter der Sparkassen, der Industrie- und Handelskammer und des Mietervereins. Hier sollen **zukunftsfähige Strategien** für den Kölner Wohnungsmarkt entwickelt werden.

Der Wunsch nach Lebensqualität sowie bedarfsgerechte und preisgünstige Wohnungsangebote fordern die **zukunftsorientierte Wohnungspolitik**. Für den öffentlich geförderten Wohnungsbau liegt die Herausforderung in der Gewinnung von Wohnraum, der die positive Gestaltung der Stadtviertel unterstützt. Für den Bau von bezahlbarem Wohnraum mit einem attraktiven Wohnumfeld wird in erhöhtem Maße die Gewinnung von Investoren angestrebt. Die Neuausrichtung der öffentlichen Wohnungsbauförderung folgt dem Gedanken "Klasse" statt "Masse" und ist untrennbar verbunden mit der Beachtung sich verändernder Wohnbedarfe.



barrierefreies Wohnen	Mit Blick auf den demographischen Wandel steht auch die Frage des barrierefreien Wohnraums im Vordergrund. Ziel ist u.a. älteren Menschen so lange wie möglich und wie von ihnen gewünscht den Verbleib in ihrer Wohnung und damit in der vertrauten Umgebung zu ermöglichen. Im Zuge der Wohnungsbauförderung wurden in 2007 entsprechende Projekte in den Bereichen "Wohnen für alte Menschen" sowie "Wohnen für Behinderte" durch das <b>Amt für Wohnungswesen</b> realisiert.
Wohnprojekte	<p><b>Mehrgenerationen-Wohnprojekte</b> sind keine Wohnform für jedermann, sie werden immer eine kleine Einheit innerhalb der Wohnungsversorgung darstellen. Der Erfolg von Mehrgenerationen-Wohnprojekten hängt in erster Linie davon ab, wie erfolgreich der Gruppenfindungsprozess unter den künftigen Bewohner/innen verläuft. Basis ist hier immer die <b>Freiwilligkeit</b> aller Beteiligten.</p> <p>Aus dem Nachfrageverhalten der Bevölkerung hat das <b>Amt für Soziales und Senioren</b> in Zusammenarbeit mit Trägern von Hilfe- und Betreuungsleistungen sowie Wohnungsanbietern bereits eine Vielfalt von <b>ambulanten Wohngemeinschaften</b> mit unterschiedlichen Konzepten für verschiedene Personengruppen etabliert bzw. befinden sich in Planungs- oder Bauphase. Der Trend für diese Form des Wohnens ist weiter steigend. Immer mehr Betroffene scheinen sich für die Wohngemeinschaften als sinnvollem Kompromiss zwischen eigenständigem Wohnen und stationärer Versorgung zu entscheiden. Erfreulicherweise stellen sich die Erbringer von Hilfe- und Wohnungsangeboten zunehmend auf diese Wohnform ein.</p>
Wohnungsnotfälle	Die Versorgung von Wohnungsnotfällen mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum erfolgt in vertraglichen Belegungsrechtswohnungen, deren Vergabe und sozialverträgliche Steuerung im Rahmen der Stadtteilkoordination der <b>Fachstelle Wohnen</b> im <b>Amt für Soziales und Senioren</b> durchgeführt wird.

Wenn die im Wohnungsgesamtplan ausgewiesene Bedarfsmenge bis 2015 auch bautechnisch realisiert werden kann, und wenn in der öffentlichen Wohnungsbauförderung der Gedanke "Klasse statt Masse" umgesetzt werden kann, so sind die Anforderungen, die die Leitlinien an dieses Element stellen, auf einem guten Weg, erfüllt zu werden. Abgerundet wird dieses Bild durch die Schaffung neuer Wohnformen.

## 2.5 Nothilfe und Reintegration

Menschen in Not werden nicht allein gelassen. Dafür sorgen zahlreiche Einrichtungen, die wohnortnah, niedrigschwellig und diskriminierungsfrei vernetzte Hilfe, Beratung und Unterstützung anbieten. Wichtig ist es, dass diese Angebote von Anfang an auch die Reintegration fördern.

### Kinder und Jugendliche

Auch für Kinder von 0-13 Jahren und Jugendliche von 14-18 Jahren gibt es in Köln **Notaufnahmeeinrichtungen**, in denen Säuglinge, Kinder und Jugendliche in Obhut genommen werden können. Nach erfolgter Notaufnahme werden mit dem allgemeinen sozialen Dienst des **Amts für Kinder, Jugend und Familie** unter Beteiligung aller Betroffenen geeignete Hilfsmaßnahmen entwickelt.

Zur **Integration von Flüchtlingskindern** sehen die Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln vor, dass für die 3-6jährigen Flüchtlingskinder eine möglichst weitgehende Versorgung mit Kindergartenplätzen sicherzustellen ist und für die 6-16jährigen eine Beschulung zu ermöglichen ist.

Als niedrigschwelliges Kontakt- und Beratungsangebot für junge Menschen aus dem Bahnhofsmilieu gibt es den **BOJE-Beratungsbus** (**B**eratung und **O**rientierung für **J**ugendliche und junge **E**rwachsene). Hierbei handelt es sich um einen umgebauten Linienbus, in dem sich Jugendliche und junge Erwachsene freiwillig und anonym aufhalten und beraten lassen können. Angesprochen werden junge Obdachlose, Ausreißerinnen und Ausreißer, Trebegängerinnen und Trebegänger, Mädchen und Jungen, die sich prostituieren und Punks. Ergänzt wird das Angebot zweimal wöchentlich durch den mobilen medizinischen Dienst. Der Bus steht zentral zugänglich auf dem Busbahnhof an der Rückseite des Kölner Hauptbahnhofs.

### Wohnungslosigkeit

Die **Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik** kümmert sich um die Vernetzung und Weiterentwicklung der Hilfsangebote für akut Wohnungslose und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik steht die Stadtarbeitsgemeinschaft beratend zur Seite. Sie setzt sich zusammen aus Vertreter/innen von Maßnahmeträgern für die Zielgruppe und für fachübergreifende Angebote sowie aus Vertreter/innen aus den Reihen des Rats und der Stadtverwaltung. Ihr beigeordnet wurden ein **Beirat** und als fachliches Gremium die **Fachgruppe Wohnungslosenhilfe**. Im Beirat sind Vertreter/innen der Dachverbände im Bereich der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und des Amtes für Soziales und Senioren vertreten. In der Fachgruppe finden sich Ver-

	<p>treter/innen der Träger der freien Wohlfahrtspflege, des Amts für Soziales und Senioren, des Wohnungsversorgungsbetriebs und des Gesundheitsamts.</p> <p>Die in der Stadtarbeitsgemeinschaft zusammenkommenden verschiedenen Ressorts kümmern sich um die Weiterentwicklung einer zielführenden gemeinsamen Wohnungspolitik.</p> <p>Wohnungslose Menschen, die häufig auf der Straße leben, haben mit vielfältigen und vielschichtigen Problemen zu kämpfen. Es reicht daher nicht, nur den notwendigen Lebensunterhalt sicherzustellen. Umfassende gesundheitliche Hilfen sind in der Regel ebenso notwendig wie Hilfe bei der Suche nach einer geeigneten Unterkunft, Beschäftigung und sozialen Umgebung. In der Praxis zeigt sich zudem, dass die Hilfen aus unterschiedlichen Leistungsgesetzen zielgerichtet kombiniert werden. Also lag es nahe, die Hilfen möglichst in einer Hand zu konzentrieren und für alle wohnungslosen Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten eine Anlaufstelle, das <b>Dienstleistungszentrum ResoDienste Köln</b>, anzubieten. Das Leistungsspektrum der Anlaufstelle umfasst sowohl die wirtschaftliche Unterstützung als auch Angebote zur sozialen und beruflichen Integration nach den Bestimmungen der Sozialgesetzbücher II und XII.</p> <p>Da Wohnungslosigkeit und soziale Probleme die Erwerbsfähigkeit im Grundsatz nicht einschränken, kümmern sich die Mitarbeiter/innen darum, auch diesen Personenkreis schrittweise in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hierzu wurde in einer Leistungsvereinbarung mit der <b>ArGe Köln</b> festgelegt, dass die ResoDienste Köln diese Aufgabe und alle notwendigen Begleitmaßnahmen übernehmen oder veranlassen können (z.B. die Prüfung der Erwerbsfähigkeit einleiten).</p>
akute Obdachlosigkeit	<p>Akut obdachlosen Kölner Bürger/innen, die einer sofortigen Unterbringung bedürfen, wird durch die <b>Fachstelle Wohnen</b> beim Amt für Soziales und Senioren nach dem Ordnungsbehördengesetz eine Unterkunft für eine Nacht bereitgestellt. Am darauffolgenden Öffnungstag der Fachstelle wird eine Sicherung der Versorgung mit Wohnraum eingeleitet.</p>
Gesundheit	<p>Viele Maßnahmen, die das <b>Gesundheitsamt</b> selbst durchführt, häufiger aber noch über freie Träger auf den Weg gebracht hat und zum Teil auch fördert, zielen auf Nothilfe und Reintegration. Dies gilt insbesondere für den Drogenbereich, das aufnehmende <b>Suchtclearing</b> und den <b>mobilen medizinischen Dienst</b>.</p> <p>Der mobile medizinische Dienst bietet medizinische und psychosoziale Grund- und Notfallversorgung für Wohnungslose, Drogenabhängige sowie Jugendliche und junge Erwachsene im Bahnhofsmilieu. Behandelt werden Patienten/innen aus den genannten Zielgruppen, die nicht über eine ambulante ärztliche Versorgung durch eine niedergelassene Ärztin oder einen niedergelassenen Arzt verfügen. Der Nachweis eines Versicherungsschutzes ist nicht erforderlich. Damit wird die medizinische Hilfe auch für Menschen gewährleistet, die durch die Angebote des Regel-</p>

	<p>versorgungssystem nicht erreicht werden. Auch auf die bereits erwähnten sozialpsychiatrischen Zentren sei an dieser Stelle noch einmal hingewiesen.</p>
Drogenpolitik	<p>Für Medikamenten- und Alkoholabhängigkeit besteht in Köln ein <b>gestuftes Hilfesystem</b> mit Beratung, Motivation, Behandlung, Rehabilitation und Selbsthilfegruppen. Das Versorgungssystem für Drogenabhängige ist in den letzten Jahren bedarfsgerecht und differenzierter, auch mit zusätzlichen niederschweligen Hilfen weiterentwickelt worden, so dass Hilfe auf jeder Stufe angeboten werden kann. Neben der Methadonsubstitution ist z.B. die heroingestützte Behandlung ebenso zu nennen wie Arbeitsprojekte und Wohnhilfen für Drogenabhängige. Seitens der Stadt Köln bietet die Drogenkoordination des <b>Gesundheitsamts</b> den Trägern Information, Beratung und Unterstützung in strukturellen und konzeptionellen Fragen. Des Weiteren werden mit dem Ziel einer verbesserten Abstimmung und Vernetzung sowohl auf Trägerebene als auch auf Einrichtungsebene, Arbeitskreise einberufen und betreut. So sind in der sog. "Dienstagsrunde" neben allen Trägern, die ausschließlich oder unmittelbar Drogenabhängige versorgen, auch das Amt für Soziales und Senioren, das Amt für Kinder, Jugend und Familie, das Amt für öffentliche Ordnung und die Polizei vertreten. Im Gremium "Runder Tisch Drogen" treffen sich Praktiker der verschiedenen Dienste und Einrichtungen in Köln.</p>
Geestemünder Str.	<p>Mit der Verlagerung des wilden <b>Straßenstrichs</b> aus der Innenstadt in ein geschütztes Industriegebiet an der Geestemünder Straße wurde die Betreuung drogenabhängiger Prostituerter überhaupt erst grundsätzlich ermöglicht, genauso wie Beratung und Schutz als Grundstein für Reintegration.</p>
Hilfeleistung für hilflose Personen (HILO)	<p>Immer wieder kann es vorkommen, dass wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, zuweilen im gleichen Haus auf Menschen treffen, die verwirrt, vernachlässigt oder auch verwahrlost erscheinen und offensichtlich hilfebedürftig sind. Verschiedene Hilfen durch unterschiedliche Stellen kommen vielleicht in Frage. Aber welche ist die Richtige? Um besorgten Bürgerinnen und Bürgern eine zentrale Anlaufstelle in der Stadtverwaltung für ihr Anliegen zu bieten und um eine zeitnahe und koordinierte Bearbeitung dieser Meldungen sicherzustellen, wurde eine zentrale Rufnummer (221 – 24444) eingerichtet, die montags bis freitags zwischen 7 und 19 Uhr erreichbar ist. Die <b>Clearingstelle</b> im <b>Amt für Soziales und Senioren</b> wertet diese Meldungen aus und koordiniert die weiteren Schritte. Dazu zählt auch, dass die notwendigen Dienststellen und Einrichtungen unverzüglich informiert werden. Die Clearingstelle wacht zudem darüber, dass die notwendigen Hilfen rasch eingeleitet werden.</p>
Flüchtlingskonzept	<p>Mit Ratsentscheid vom 17.06.2003 wurde die Neuausrichtung der Kölner Flüchtlingspolitik und die Einrichtung des "<b>Runden Tisches für Flüchtlingsfragen</b>" in beratender Funktion für Politik und Ver-</p>

waltung beschlossen. Dieses Gremium besteht aus Vertreter/innen der Ratsfraktionen, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände, der Polizei, der freien Träger und der Verwaltung. Die Geschäftsstelle ist beim Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln angesiedelt. Durch die hier erarbeiteten "Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln" wurden die Grundsätze einer neuen Kölner Flüchtlingspolitik festgelegt, die vielfältigen Aktivitäten der freien Träger und der Verwaltung in der Kölner Flüchtlingsarbeit auf eine gemeinsame Basis gestellt und die praktische Umsetzung begleitet.

Klassischerweise sind Maßnahmen der Nothilfe und Reintegration natürlich in den Wirkungsbereichen der Dezernate für Soziales, Integration und Umwelt sowie für Bildung, Jugend und Sport angesiedelt. Auch hier lässt sich feststellen, dass die Anforderungen, die die Leitlinien für dieses Element festschreiben, in hohem Maße erfüllt werden. Leider ist die ambulante sozialpsychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen noch nicht ausreichend.

## 2.6 Prävention

Um frühzeitig zu verhindern, dass Notlagen entstehen, werden in Köln präventive Maßnahmen gefördert. Hierzu zählt ein breites Spektrum an Angeboten zur Einzelfallprävention wie auch umfangreiche Maßnahmen der Generalprävention.

In konsequenter Umsetzung der Forderungen des Leitbilds Köln 2020 befasst sich die Verwaltung mit verschiedenen Aspekten der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Köln. Für die zukünftigen Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen sind eine Reihe von Faktoren von entscheidender Bedeutung. Diese spielen bereits bei der sehr frühen Entwicklung eines Kindes eine wesentliche Rolle und betreffen neben anlagebedingten Aspekten vor allem die äußeren Lebensumstände eines Kindes und seiner Ursprungsfamilie, wie z.B. niedriger Sozialstatus, schlechte Wohnverhältnisse, eingeschränkte Bildungschancen sowie die frühen sozialen Interaktionen, wie z.B. Unerwünschtheit des Kindes, psychische Erkrankung oder Suchtkrankung der Bezugsperson(en) oder Überforderung der Eltern. Diese Faktoren können zu Beziehungsstörungen, Störungen der emotionalen und psychischen Entwicklung und anderen Auffälligkeiten führen. Es kann als sicher angesehen werden, dass Kinder mit schweren soziogenen Entwicklungsstörungen ohne entsprechende Interventionen deutlich mehr Schulschwierigkeiten haben, deutlich häufiger die Schule abbrechen bzw. nur niederrangige Schulabschlüsse erwerben als Kinder ohne derartige gesundheitliche Auffälligkeiten. Sie stehen am Ende der Schullaufbahn fast ohne jede Chance auf einen Arbeitsplatz bzw. eine Ausbildungsstelle da, sie sind deutlich mehr drogengefährdet und deutlich häufiger delinquent.

Ein in diesem Zusammenhang bislang zu wenig beachteter Aspekt ist die Konsequenz, wenn die betroffenen Jugendlichen mit ihren negativen Erfahrungen und Einstellungen sowie ihren Verhaltensproblemen und Entwicklungsauffälligkeiten selbst wiederum Partnerschaften eingehen und Eltern werden. Ohne entsprechende Information und Unterstützung kann sich dann leicht ein Teufelskreis schließen, der eine wesentliche Ursache dafür beschreibt, dass nachteilige Lebensverhältnisse und Verhaltenweisen so oft familiär weitergegeben werden und dass die soziale Herkunft in Deutschland im internationalen Vergleich besonders ausschlaggebend ist für die Zukunftschancen der nachwachsenden Gesellschaft.

Das und die Tatsache, dass in Köln 24% aller Kinder unter 15 Jahren in Armut leben, macht deutlich, wie wichtig die Präventionsarbeit in dieser Stadt ist.

Kinder und Jugendliche

In der Stadt Köln existiert ein **vorbildliches** soziales **Frühwarnsystem** zum frühzeitigen Umgang mit wahrgenommener Kindeswohlgefährdung. Besonderes Augenmerk wird auf gesundheitsfördernde Projekte und Programme in den Arbeitsfeldern der Jugendhilfe und Schule gelegt. Diese Programme orientieren sich an den Zielen gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung und Stressregulation. Ein weiterer, seit Jahrzehnten verfolgter Ansatz ist die Präventionsarbeit im Rahmen des Kölner Drogenprogramms.

Ein wichtiger Baustein der Präventionsarbeit ist der massive Ausbau von **Ganztagsangeboten** zur Betreuung von Kindern. Dazu

gehören auch die im Kapitel 2.1 bereits näher erläuterten Angebote wie Offene Ganztagschule (OGTS) oder Betreuung von unter dreijährigen Kindern (U3).

Damit sich Kinder in jungen Familien bestmöglich entwickeln können, bietet das Präventionsprojekt "**Gesunde Zukunft für Kinder in Köln**" Unterstützung und Beratung an. Das Projekt möchte den Hilfebedarf von Familien ermitteln, den Familien den frühzeitigen Zugang zu passenden Unterstützungsangeboten im Stadtteil erleichtern und bietet ggf. medizinische Begleitung. Es handelt sich um ein **Gemeinschaftsprojekt** des Gesundheitsamts und des Amtes für Kinder, Jugend und Familie. Die entsprechende Clearingstelle ist im Gesundheitsamt angesiedelt.

Der Kampf gegen die Armut bei Kindern und für die Verbesserung ihrer Zukunftschancen ist nicht von der Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** loszulösen. Arbeitslosigkeit von Eltern steht in einem ganz engen Zusammenhang mit den Risikofaktoren für Kinder und Jugendliche (u.a. niedriger Status, Instabilität der Familie, schlechte Wohnverhältnisse, Ausgrenzung, Gewalterfahrung, eingeschränkte Bildungschancen).

Arbeitende Eltern geben Kindern ein Vorbild. Arbeit führt unbestritten in vielen Familien zu Stabilität, verhilft zu notwendigen Strukturen, stärkt das Selbstwertgefühl sowie das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und unterstützt oftmals eine positive Entwicklung der Kinder. Daher wirkt sich eine differenzierte und individuell ausgerichtete Förderung der Eltern positiv auf die Entwicklungschancen der betroffenen Kinder aus. Die **ArGe Köln** leistet mit ihren umfangreichen Fördermöglichkeiten zur beruflichen und sozialen Integration im Rahmen des **SGB II** einen großen präventiven Beitrag.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Im **Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern** existiert eine Planstelle "Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen". Das Aufgabengebiet umfasst u.a. die Teilbereiche Sicherheit im öffentlichen Raum, häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch und Frauenhandel.

Bürgerhäuser und -zentren

Die inhaltliche und programmatische Ausrichtung der **Bürgerhäuser und Bürgerzentren** basiert auf dem Präventionsansatz. Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten verhindern Vereinsamung und soziale Isolierung auch in schwierigen Lebenslagen.

Die intensive und aktive Teilhabe der Seniorinnen und Senioren fördert deren Mobilität und steigert ihre soziale Integration über einen möglichst langen Verbleib im Quartier.

Die vielfältigen pädagogischen Programme für Kinder und Jugendliche fördern die Eigenverantwortung und reduzieren in erheblichem Umfang die Notwendigkeit von erzieherischen Hilfen.

Senioren und Seniorin-

Auch die Angebote der **offenen Seniorenhilfe** wirken präventiv,

nen

insbesondere im Hinblick auf die Pflegebedürftigkeit senken sie Bedarfe nach stationärer Pflege. Je länger und besser ein älterer Mensch in verlässlichen Bezügen lebt, desto größer sind die Chancen, bei Pflegebedürftigkeit ambulant versorgt werden zu können.

Wohnungslosigkeit

Der präventive Hilfeansatz im **Kölner Hilfesystem** für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit Bedrohte stellt eine der tragenden Säulen dar. So werden im Rahmen der ambulanten Begleitung Träger der freien Wohlfahrtspflege durch das Dienstleistungszentrum **ResoDienste Köln** beauftragt. Über die Auswahl der Personen für ambulante Begleitung entscheidet das Amt für Soziales und Senioren im Einzelfall auf Grundlage des vereinbarten Hilfeplans.

In der **Fachstelle Wohnen** im Amt für Soziales und Senioren wurden die Sachbearbeitungen Wohnungserhaltung und Krisendienst zur Organisationseinheit **Prävention** zusammengelegt. Neben einer klaren Zuständigkeitsregelung und einer eindeutigen Verantwortlichkeit durch die Bearbeitung des Falles aus einer Hand wurde eine Reduzierung der Verfahrensdauer und –kosten erreicht.

Die Fachstelle Wohnen hat somit ihr Angebot an aufsuchenden und aktivierenden Hilfen erheblich ausgedehnt, um möglichst frühzeitig den Eintritt eines **Wohnungsnotfalls** zu verhindern. Durch kontinuierliche Kooperation mit der Wohnungswirtschaft wird erreicht, dass die Stadt in einem möglichst frühen Stadium von den sich ankündigenden Problemen eines Mietverhältnisses Kenntnis erhält. Im Rahmen verstärkter aufsuchender Hilfe und intensiver Beratungen werden vorhandene Potentiale und Ressourcen mit dem Klienten gemeinsam entwickelt, gestärkt, Defizite aufgedeckt, unterstützende Hilfen angeboten und so der Eintritt eines Wohnungsnotfalls vermieden.

Im Ergebnis hat dies zu einer Verringerung der Räumungsklagen und Zwangsräumungen geführt und damit auch zu sinkenden Kosten durch Mietrückstandsübernahmen. Die Zahl der nicht vermeidbaren Wohnungswechsel und der Unterbringung in städtischen Obdachloseneinrichtungen konnte deutlich abgesenkt werden.

Gesundheit

Im **Gesundheitsamt** wird Prävention seit vielen Jahren unverändert im Bereich der HIV/Aids-Problematik selbst geleistet oder bei freien Trägern koordiniert. Zunehmende Bedeutung gewinnt die Prävention inzwischen im Bereich von jugendlichem Alkoholkonsum.

Menschen mit Migrationshintergrund

Im **interkulturellen Bereich** fördert die Stadt Köln Projekte zum Antirassismus-Training und Maßnahmen, die zur Verbesserung der interkulturellen Sensibilität und Kommunikation, zum gewaltfreien und konstruktiven Umgang mit Konflikten und zur Stärkung



	<p>der persönlichen und sozialen Kompetenzen insbesondere junger Kölnerinnen und Kölner mit Migrationshintergrund beitragen. Sprachfördermaßnahmen und speziell konzipierte Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung dienen der Herstellung der Chancengleichheit in Schule und Beruf und damit der Vorbeugung von sozialen Notlagen bei Menschen mit Migrationshintergrund.</p>
öffentliche Ordnung	<p>Zwischen der Stadt Köln und der <b>Polizei</b> gibt es viele laufende <b>Ordnungspartnerschaften</b> mit präventiven Inhalten, z.B. "Keine Kurzen für Kurze" gegen den Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen oder die "KASA (Kölner Anti Spray Aktion)" gegen illegale Farbsprühereien.</p>
Jugendkriminalität	<p>Zur Prävention von Jugendkriminalität befindet sich derzeit das "<b>Netz des Jugendrechts</b>" im Aufbau. Hier wird geprüft, welche Art der Vernetzung der Beteiligten Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendhilfe, Gerichte und Bewährungshilfe die für Köln beste Methode bietet, um das Ziel – Verhütung von Jugendkriminalität – bestmöglich zu erreichen.</p>

Es ist festzustellen, dass es langjährig bewährte Maßnahmen der Einzelfall- und Generalprävention in Köln gibt. Diese werden beständig weiterentwickelt und durch neue Maßnahmen ergänzt. Dies geschieht auch im interkommunalen Miteinander.

## 2.7 Kooperation und Partizipation

Köln als soziale Stadt achtet auf den besonderen Bedarf von Bürgerinnen und Bürgern, wie etwa Arbeitslosen, Alleinerziehenden, Migranten, Senioren, Behinderten, Kindern oder Lesben, Schwulen und Transgender. Bereits heute arbeiten in Köln Politik, Verwaltung, Selbsthilfegruppen, Beiräte, Arbeitsgemeinschaften und die Vertreterinnen und Vertreter von Betroffenenengruppen eng zusammen, die über die soziale Lage der Zielgruppen informieren und Verbesserungsvorschläge unterbreiten.

Die Partizipation der Betroffenen wird auch dadurch gesteigert, dass in Planungs- und Entscheidungsprozessen Kompetenzen zuerkannt werden. Akzeptanz und Wirksamkeit der Maßnahmen können durch die Partizipation der Betroffenen spürbar erhöht werden. Kooperation und Partizipation sollen auf allen Ebenen gefördert werden.

Neben der bereits in Kapitel 2.5 erwähnten **Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik** gibt es in Köln noch die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik, die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die in Kapitel 2.9 näher erläutert wird. Die Stadtarbeitsgemeinschaften sind als Beratungsgremium im Vorfeld von Entscheidungen des Rats und seiner Ausschüsse sowie der Verwaltung und der Wohlfahrtsverbände tätig. Die daneben existierenden "Runden Tische", wie z.B. der "Runde Tisch Drogen" und der "**Runde Tisch für Flüchtlingsfragen**", die in Kapitel 2.5 bereits beschrieben wurden, arbeiten ebenfalls in beratender Weise für Politik und Verwaltung.

### Kinder und Jugendliche

Die **Rathausschule** führt alters- und zielgruppenorientierte Projekte zu kommunalpolitischen Themen durch. Dabei zielt sie auf eine Verbindung zwischen der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen und den kommunalpolitischen Strukturen in Köln ab und ermutigt zur aktiven Teilnahme an Entscheidungsprozessen. Hierzu gehören nicht nur Informationen sondern auch die Vermittlung von Kontakten und Besuchen bei Rat und Verwaltung.

Beim **Tag der Jugend im Rathaus** erarbeiten Jugendliche unter dem übergeordneten Thema "**Politik aus Jugendsicht**" in Zusammenarbeit mit der Rathausschule in einer Projektphase Themen aus ihrem direkten Lebensumfeld. Diese Themen werden in Form eines Ratsantrags in eine fiktive Ratssitzung eingebracht. Der Tag der Jugend findet einmal jährlich mit drei Schulklassen unterschiedlicher Schulformen aus drei verschiedenen Stadtteilen statt.

Seit mehr als zehn Jahren werden bei allen **Spielraumgestaltungen und -neuanlagen** Kinder und Jugendliche an der Planung beteiligt. Zurzeit gibt es 23 laufende Maßnahmen in verschiedenen Phasen der Bearbeitung.

Bürgerhäuser und -zentren

Eine Aufgabe der **Bürgerhäuser und Bürgerzentren** ist es, auf der Ebene des Stadtteils/ Stadtbezirks eine Zusammenarbeit zwischen allen örtlichen Akteuren anzustreben und vorhandene Vernetzungsstrukturen nachhaltig zu unterstützen. Zwei der Kölner Bürgerhäuser sind Träger einer Koordinations- und Anlaufstelle im Projekt „Sozialraumorientierte Hilfeangebote“. Darüber hinaus ist eine vernetzte Arbeit auf der Seite der Verwaltung erforderlich. Aufgrund der zielgruppen- und altersübergreifenden Aufgaben der Bürgerhäuser und Bürgerzentren werden innerhalb der Verwaltung verschiedene "Zuständigkeiten" berührt, z.B. Jugend-, Sozial-, Kultur- und Weiterbildungsarbeit, Gesundheitsbereich und Stadtentwicklung. Der Organisationseinheit Bürgerhäuser/Bürgerzentren kommt hierbei die Aufgabe der Koordination und des Vernetzungsmanagements innerhalb der Verwaltung zu.

Gemeinwesen

Im Bereich der Fachstelle Wohnen im **Amt für Soziales und Senioren** wird die Kooperation mit betroffenen Bewohnergruppen und deren Partizipation insbesondere durch die Strategie der Gemeinwesenarbeit gefördert. Beispielhafte Ergebnisse sind die Schaffung von Mieterräten, die Durchführung von Bewohnerbefragungen und Stadtteilsten. Aufgrund der Durchführung der Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtgebieten wird der Fokus auf die Zielgruppen gerichtet, die durch geeignete Methoden zur Partizipation befähigt und aktiviert werden müssen.

freie Wohlfahrtspflege

In der **Abteilung für Sozialplanung, Senioren, Behinderte, Kranke und Schwerbehinderte** im Amt für Soziales und Senioren erfolgt eine enge Zusammenarbeit in Form regelmäßiger Arbeitsbesprechungen mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und der Kölner Seniorenvertretung.

Menschen mit Migrationshintergrund

Kölnnerinnen und Kölner mit Migrationshintergrund nutzen die Möglichkeit der **politischen Partizipation** durch die Wahl des Integrationsrats bzw. durch die Mitarbeit in diesem Gremium. Die unmittelbare Zusammenarbeit der direkt gewählten Migrantenveter/innen und der Vertreter/innen von Ratsfraktionen in einem politischen Gremium hat sich bisher gut bewährt.

Kooperationen der kommunalen Akteure der Integrationsarbeit finden u.a. im Rahmen der Erarbeitung des Integrationskonzepts, bei der Entwicklung eines interkulturellen Maßnahmenprogramms, bei der Umsetzung von Maßnahmen der Antidiskriminierungsarbeit und weiteren Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus statt. Das gleiche gilt für Maßnahmen der Sprachförderung, beruflichen Qualifizierung und interkulturellen Elternarbeit sowie bei Erarbeitung der städtischen Richtlinie zur Förderung von interkulturellen Zentren.

Menschen mit Behinderung

Die **Behindertenbeauftragte** der Stadt Köln erarbeitet zurzeit mit Unterstützung der Fachämter ein Handlungskonzept, das die zukünftige Behindertenpolitik in ihren Schwerpunkten und in ihren

Senioren und Seniorinnen

kurz- oder langfristigen Zielen beschreibt. Dies geschieht in enger Abstimmung mit den Behindertenorganisationen und – selbsthilfegruppen, aber auch unter Einbeziehung weiterer Institutionen und interessierter Bürger/innen.

Die **Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik** beschäftigt sich im Wesentlichen mit kommunalen, seniorenspezifischen Fragen. Die Themenschwerpunkte in 2007 waren:

- Seniorenvertreterwahl
- SeniorenNetzwerke in Köln
- ambulante Wohnformen für Pflegebedürftige
- Hilfeleistungen für hilflose Personen
- Gesundheit im Alter

Die Stadtarbeitsgemeinschaft besitzt das Recht, Anregungen und Stellungnahmen dem Rat, einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss vorzulegen.

Die 24köpfige Stadtarbeitsgemeinschaft setzt sich zusammen aus jeweils einem/r gewählten Seniorenvertreter/in aus den neun Kölner Stadtbezirken, zwei ausländischen Seniorenvertreter/innen, je einem Mitglied der Fraktionen des Rats, sechs Vertreter/innen der Kölner Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und der Fachbeigeordneten, Frau Bredehorst. Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik arbeiten als sachkundige Einwohner in zahlreichen Fachausschüssen mit. Ergänzt wird die Stadtarbeitsgemeinschaft durch die Arbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik in den Kölner Stadtbezirken.

Alle fünf Jahre wird die Kölner **Seniorenvertretung** gewählt.

Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag das 60. Lebensjahr vollendet hat und in Köln mit Hauptwohnsitz gemeldet ist. Die Nationalität spielt dabei keine Rolle. Bei der letzten Wahl 2006 gaben rund 64.800 Senioren und Seniorinnen ihre Stimme ab. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von ca. 27,1%.

Die Seniorenvertretung vertritt die Interessen der älteren Generation gegenüber politischen Gremien und allen für Senioren und Seniorinnen wichtigen Einrichtungen.

Folgende Tätigkeiten gehören zu ihren Aufgaben:

- Menschen über 60 Jahre werden zu den Möglichkeiten beraten, im persönlichen Lebensbereich Aktivitäten und Selbständigkeit zu fördern und solange wie möglich zu erhalten.
- Die Öffentlichkeit wird über grundsätzliche Möglichkeiten und Entwicklungen der Seniorenpolitik informiert. Dabei wird auch das Ziel verfolgt, ältere Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitarbeit in allen Lebenslagen anzuregen.
- Die Interessen der älteren Generation werden gegenüber den Trägern der Seniorenarbeit und sonstigen seniorenspezifischen Einrichtungen vertreten.
- Rat und Verwaltung, die Träger der Seniorenarbeit und die sonstigen Einrichtungen werden beraten, bevor diese über Planungen und Maßnahmen entscheiden, die für die ältere Generation von Bedeutung sind.

Gesundheit

Im Bereich der **Volkshochschule** wurde gemeinsam mit der Seniorenvertretung und der Universität zu Köln das Projekt "Kompetenzzentrum Alter LebensARTEN 50plus" mit dem Schwerpunkt partizipative Entwicklung neuer Formen und Inhalte der Altersbildung entwickelt.

Die Kooperation zwischen den Leistungserbringern im **Gesundheitswesen** ist durch eine Reihe von ständigen Gremien gewährleistet. Genannt seien hier als übergreifende Institutionen die kommunale Gesundheitskonferenz und die psychosoziale Arbeitsgemeinschaft mit problembezogenen Untergruppen. Ebenfalls selbstverständlich sind die Zusammenarbeit mit Einrichtungen auf Landesebene sowie der ständige Erfahrungsaustausch und die Kooperation mit anderen Kommunen. Dieser erfolgt auf Bundesebene durch die Teilnahme am **Gesunde Städte Netzwerk**.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Das in Kapitel 2.6 bereits erwähnte und im **Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern** angesiedelte **Projekt "Gewalt gegen Frauen und Kinder"** kooperiert mit den rund 20 Kölner Fraueninitiativen, Beratungsstellen und Einrichtungen der Frauenhilfe ebenso erfolgreich wie mit der Polizei (Förderung der Sicherheit im öffentlichen Raum) oder Krankenhäusern. In 2007 wurde in Kooperation mit der Kölner Rechtsmedizin eine Fortbildung für Ärztinnen und Ärzte konzipiert. Hierbei wurden Standards für das Erkennen von Gewalt, für die Dokumentation von Verletzungen nach Gewalteinwirkung, für die Ansprache der Betroffenen sowie eine Übersicht über die in Köln bestehenden Hilfsangebote erstellt. Es ist allerdings noch erforderlich, auch die Migrantenselbstorganisationen in die Netzwerke einzubeziehen, um von Gewalt betroffene Frauen mit Zuwanderungsgeschichte besser erreichen zu können.

Stadtarbeitsgemeinschaft  
Lesben, Schwule, Transgender

Die **Stadtarbeitsgemeinschaft Lesbian, Schwule und Transgender** wurde 2006 eingerichtet und als vorerst letzte Stadtarbeitsgemeinschaft in der Hauptsatzung der Stadt Köln rechtlich verankert. Sie berät alle lesben-, schwulen- und transgenderrelevanten Themen auf kommunaler Ebene und fertigt hierzu Stellungnahmen oder Empfehlungen für Ratsausschüsse und Stadtverwaltung. Durch die Stadtarbeitsgemeinschaft soll der bis zu ihrer Gründung nur partiell geführte Dialog zwischen Verwaltung, Politik sowie Organisationen und Gruppen verstärkt werden. Durch eine Vernetzung der vielen in diesen Bereichen tätigen Akteure soll zudem ein Beitrag zum Abbau von Diskriminierung in Köln geleistet werden und die gesellschaftliche Emanzipation von Lesben, Schwulen und Transgender weiter voran gebracht werden.

In der Stadtarbeitsgemeinschaft sind die Lesben-, Schwulen- und Transgenderorganisationen und –selbsthilfegruppen vertreten, die Wohlfahrtsverbände und die Fraktionen des Rats entsenden Mitglieder. Das **Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt** ist

	<p>mit der Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft beauftragt, das <b>Amt für Soziales und Senioren</b> beteiligt sich an der verwaltungsinternen Abstimmung und den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft.</p>
Umwelt	<p>Soziale Situationen und Bedarfslagen beeinflussen den Lebensstil und damit häufig auch das Verhalten zur Umwelt, z.B. durch die Ernährung und den Konsum, durch das Verhalten in der Freizeit, durch den Umgang mit Abfällen oder die Einstellung zum Energieverbrauch. Information, Aufklärung, Bürgerservice und umweltpolitische Angebote sind daher ein Schwerpunktthema in der Umweltpolitik in Köln. Entsprechende zentrale Anlaufstellen für Bürger/innen bei Beschwerden und Informationsbedarf sind im <b>Umwelt- und Verbraucherschutzamt</b> eingerichtet.</p> <p>Seit über zehn Jahren wird über die Geschäftsstelle <b>Umweltbildung</b> ein umfangreiches umweltpädagogisches Angebot für schulische und außerschulische Einrichtungen vorgehalten. Die Geschäftsstelle steht hierbei in einem umfangreichen Netzwerk städtischer und außerstädtischer Umwelteinrichtungen, um eine möglichst breite Förderung der Umweltbildung und damit ein umweltverträgliches Verhalten der Bürger/innen zu erreichen.</p>
Sport	<p>Seitens der <b>Sportfachverwaltung</b> werden durch die Beteiligung des Sportamts am Rahmenkonzept "Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln" insbesondere die Bereitschaft zur Kooperation mit anderen Ämtern, Einrichtungen und freien Trägern, die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Sport- und Bewegungsangeboten in den Sozialräumen und die Bereitstellung von Sportstätten gemäß der ermittelten Bedarfslage unterstützt.</p>
Jugendliche mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Berufsrückkehrerinnen	<p>Im Rahmen der "<b>Initiative Chancengleichheit</b>" hat auf Vorschlag des <b>Personalamts</b> der Rat der Stadt Köln die Projekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund und für Alleinerziehende in Teilzeit beschlossen. Ziel ist eine erfolgreiche Vorbereitung für die Übernahme in ein städtisches Ausbildungsverhältnis, bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund möglichst nach Neigung im gewerblich-technischen, marktgängigen oder Verwaltungsbereich, bei den Alleinerziehenden ausschließlich in eine Verwaltungsausbildung in Teilzeit. Jede mögliche Unterstützung auch unter Beteiligung der jeweiligen Stellen, z.B. ArGe, Jugendamt, Schulverwaltungsamt sowie des Kölner Hilfenetzwerks wird hier zusammengeführt und entsprechend der Bedarfssituation koordiniert. Ein zusätzliches Qualifizierungsangebot zur Bürosekretärin richtet sich an Berufsrückkehrerinnen. Bei gutem Abschluss erfolgt im Anschluss eine unbefristete Übernahme.</p>
Sicherheit	<p>In vielen Stadtbezirken gibt es <b>kriminalpräventive Räte</b> oder sog. runde Tische mit ähnlicher Funktion. Beteiligt sind neben der Verwaltung und der Polizei oftmals Bürgergruppen und andere Multiplikatoren/innen. Das <b>Amt für öffentliche Ordnung</b> leistet hier Unterstützung und nimmt an den Sitzungen teil, so dass in</p>

	<p>diesen Bereichen viele Probleme direkt geklärt werden können.</p> <p>Die Stadt Köln und die Polizei haben eine Kooperationsvereinbarung zur Verbesserung der <b>Sicherheit in Köln</b> geschlossen. Unter Beteiligung diverser Dezernate konnten hier die Wünsche nach Verbesserungen der Zusammenarbeit von allen Seiten formuliert und niedergelegt werden.</p>
Bauleitplanung, Masterplan	<p>Die Komplexität der <b>Bauleitplanung</b> erfordert es, über das Internet eine permanente Informationsbasis zu geben, damit möglichst umfassend die Arbeit der Bauleitplanung transparent wird. Um diese möglichst hohe Transparenz des Planungsvorganges bei der Bauleitplanung zu erreichen und die verschiedenen Planungsschritte und Sachstände zu vermitteln, ist das Stadtplanungsamt im barrierefreien Internetauftritt der Stadt Köln vertreten. Bei größeren Bauentwicklungsprojekten werden die Bürger und Bürgerinnen beteiligt.</p> <p>Ein zusätzliches Projekt – in Kooperation zwischen der Stadt Köln und dem Verein der Unternehmer für die Region e.V. – ist der <b>städtebauliche Masterplan</b>. Auch hierzu ist ein barrierefreier Internetauftritt vorhanden, in dem alle Informationen abrufbar und Stellungnahmen zum Projekt möglich sind. Dazu kommen die vier Bürgerforen, die eine Partizipation an der Planung ermöglichen.</p>
Bürgerhaushalt	<p>Die Partizipation der Kölner Bürger und Bürgerinnen am <b>Bürgerhaushalt</b> wurde bereits in Kapitel 2.3 beschrieben. Ende 2009 wird es ein neues Beteiligungsverfahren für den Haushalt 2010 mit neuen Themen geben.</p>
Kultur	<p>Die <b>Bühnen der Stadt Köln</b> binden in verschiedensten Bereichen soziale Gruppen in ihre Arbeit ein. Es gibt regelmäßige Kooperationen (z.B. mit Planet Kultur, einem Integrationsprojekt für Jugendliche), genauso aber auch spielplanbedingte und damit eher einmalige Kooperationen im Kontext einer bestimmten Produktion oder Veranstaltung.</p> <p>Das <b>Gürzenich-Orchester</b> führt im Rahmen der städtischen Bemühungen zur stärkeren Verknüpfung der städtischen Kulturinstitutionen mit der Arbeit der <b>Bürgerhäuser</b> auf deren Nachfrage Workshops für Kinder- und Jugendgruppen mit dem Ziel einer Ausgestaltung persönlicher musikalischer Kreativität durch. Die bisherigen Workshops fanden hierbei vor allem in Bürgerhäusern in sozialen Brennpunkten statt (Kalk, Ehrenfeld) und fanden durchweg guten Zuspruch.</p>

Die zahlreichen Beispiele belegen nicht nur die Ausgestaltung von Partizipation und Kooperation sondern zeigen auch Möglichkeiten, wie die Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger gefördert werden. Hier sind neben den klassisch sozialen und gesundheitlichen auch die technischen und kulturellen Bereiche vertreten sowie die Themen Umwelt und Sport. Es wird

sich zeigen, inwieweit die Möglichkeiten hier zukünftig weiter vertieft und weiter verbreitet werden können.



## 2.8 Selbsthilfe

Selbsthilfeinitiativen haben im sozialen Köln eine besondere Bedeutung und bedürfen der Unterstützung durch fördernde Rahmenbedingungen. Hierzu zählen Angebote, die die Menschen in Köln möglichst frühzeitig – vor notwendiger institutioneller Hilfe – in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen.

Jugend und Familie	Das <b>Jugendamt</b> bietet zahlreiche Beratungsangebote im Sinne von Selbsthilfe an. Hierzu gehören z.B. die von der Jugend- und Familienhilfe angebotene Erziehungsberatung oder die Beratung von arbeitslosen Jugendlichen.
Senioren und Seniorinnen	In 2007 wurden im <b>Amt für Soziales und Senioren</b> im Bereich der <b>Seniorenselbsthilfe</b> 33.156 € und 110.800 € an Gruppen mit anderen sozialen Aktivitäten ausgezahlt. Durch diese Förderung wurde ein breites Spektrum an Selbsthilfeaktivitäten in Köln unterstützt.
Beratung, Vermittlung	Die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe im Paritätischen, <b>KISS Köln</b> wurde in 2007 mit 222.000 € unterstützt. Sie berät und informiert mehrsprachig Interessierte über Selbsthilfe und vermittelt an bestehende Selbsthilfegruppen. Sie berät bei Gruppengründungen und Gruppenentwicklungen, bietet kostenlose Räumlichkeiten und vergibt Zuschüsse an Gruppen. Sie ist Ansprech- und Kooperationspartner für alle professionellen Einrichtungen und Institutionen und informiert die Öffentlichkeit über Selbsthilfe ( <a href="http://www.kisskoeln.de">www.kisskoeln.de</a> ).  An <b>Kölner Selbsthilfegruppen und Verbände</b> im Sozialbereich wurden insgesamt 95.800 € ausgezahlt. Diese beraten zu sozialen und auch gesundheitlichen Fragestellungen.
Lesben und Schwule	Das <b>RUBICON</b> , Beratungszentrum für Lesben und Schwule, erhielt 35.000€. Es berät interessierte Einzelpersonen und unterstützt eine Vielzahl schwul-lesbischer Selbsthilfegruppe ( <a href="http://www.rubicon-koeln.de">www.rubicon-koeln.de</a> ).
Frauen	Bei zwei weiteren Bereichen handelt es sich um keine klassische Selbsthilfearbeit. Es findet jedoch professionelle Beratung durch Betroffene statt, die einen wichtigen Beitrag für das soziale Köln leistet. So erhielten vier <b>Frauenprojekte</b> insgesamt 100.000 €, die zu den Bereichen Gewalt gegen Frauen, ehebezogene Gewalt, gesundheitliche, psychische, familiäre Probleme und Arbeitslosigkeit beraten und informieren.
Menschen mit Behinderung	Das <b>Zentrum für selbstbestimmtes Leben</b> erhielt 2007 insgesamt 116.000 €. Es berät Menschen mit Behinderung bei rechtli-

	<p>chen, sozialen und psycho-sozialen Fragestellungen und informiert die Öffentlichkeit über die vorhandenen Beratungsangebote. Auch verschiedene Projekte und die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und die Mitwirkung in Kooperationsgremien auf Stadtebene gehören zu seinen Aufgaben (<a href="http://www.ZsL-koeln.de">www.ZsL-koeln.de</a>).</p>
Obdachlose	<p>In den städtischen Einrichtungen der <b>Obdachlosenhilfe</b> wird den Bewohner/innen in Selbsthilfeprojekten die Möglichkeit geboten, neue Erfahrungen zu machen, Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben und Verantwortung zu übernehmen. Zugleich verbessern die Selbsthilfeaktivitäten die Kommunikation und die nachbarschaftlichen Strukturen unter den Bewohner/innen, indem die Projekte gemeinschaftlich geplant und durchgeführt werden und vorhandenes Wissen weiter gegeben wird.</p>
Gesundheit	<p>Die gesundheitlichen Selbsthilfegruppen werden vom <b>Gesundheitsamt</b> fachlich beraten und mit jährlich 100.000 € gefördert. Gemeinsames Gremium ist der „Selbsthilfebeirat“. Die Selbsthilfe ist darüber hinaus in den thematisch orientierten Arbeitsgruppen der kommunalen Gesundheitskonferenz maßgeblich vertreten. Als beispielhaftes Ergebnis der Zusammenarbeit von Selbsthilfe und Gesundheitsamt kann hier der Leitfaden „Qualitätskriterien für Krankenhäuser aus der Sicht von Patienten/innen und Angehörigen“ sowie die „Orientierungshilfe zur Patientenberatung“ genannt werden.</p>
Drogen	<p><b>VISION e.V.</b> wurde im Februar 1990, damals noch unter dem Namen <b>Junkie Bund Köln e.V.</b>, gegründet und wird fast ausschließlich über kommunale Fördergelder finanziert. Der Verein hat seine Wurzeln in der Selbsthilfe und ist dieser Grundidee bis heute in besonderem Maße verbunden. VISION e.V. ist als staatliche Drogenberatungsstelle anerkannt. Ein großer Teil der Mitarbeiter/innen hat eine Lebensgeschichte, in der Drogen lange Zeit eine zentrale Rolle spielten. Diese Tatsache erleichtert den Kontakt zu den Nutzer/innen der Angebote und lässt viele Erklärungen überflüssig werden. Angeboten werden u.a. die niedrigschwellige Anlaufstelle "Junkie Bund Café", Sprizentausch, Substitutionsvermittlung, freiwillige ambulante psychosoziale Betreuung für Substituierte und Hilfen im Umgang mit Ämtern und Behörden.</p>
Migranten und Migrantinnen	<p>Das <b>Interkulturelle Referat</b> fördert Migrantenorganisationen im Sinne von Selbsthilfeinitiativen aus städtischen Mitteln, wenn die Kriterien der Richtlinie zur Förderung von Interkulturellen Zentren erfüllt sind.</p>

Selbsthilfeunterstützung hat in Köln eine langjährige Tradition und ist als niedrigschwelliges und breit gefächertes Angebot bereits vertreten. Eine Erweiterung, auch ohne den Einsatz zusätzlicher Mittel, wird in vielen Bereichen versucht und teilweise über den Weg einer zeitlich befristeten Anschubfinanzierung auch erreicht.

## 2.9 Barrierefreiheit

Die im Leitbild erhobene Forderung der Barrierefreiheit umfasst sowohl den Abbau physischer Barrieren als auch den komplexen Bereich psychischer Barrieren. Hierunter fallen alle Hindernisse und Hemmnisse, die Menschen den Zugang zu den Angeboten der Stadtgesellschaft erschweren.

Seit Gründung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu Beginn des Jahres 2004 haben die Aspekte der Barrierefreiheit bei der Stadtverwaltung und der kommunalen Politik deutlich an Gewicht gewonnen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft bearbeitet und berät alle kommunalen Themen, die Menschen mit Behinderung betreffen. Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft sind die Organisationen und Selbsthilfegruppen für Menschen mit Behinderungen, die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die Politik und die Verwaltung – die beiden letzten Gruppen ohne Stimmrecht. Die Geschäftsführung obliegt dem Büro der Behindertenbeauftragten, das seine Arbeit im Februar 2007 aufnahm.

In enger Abstimmung mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik setzt sich die Behindertenbeauftragte für mehr Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen ein. Das Ziel: "Köln überwindet Barrieren – Eine Stadt für Alle!"

So finden regelmäßig öffentliche Diskussionsveranstaltungen zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen im Kölner Rathaus statt. Die dort diskutierten Themen werden auch in der Folgezeit konsequent weiter verfolgt. 2007 war es das Thema "Barrierefreier Wohnraum". Mit weiteren Projekten wie "Barrierefreie Gaststätten", Ausbildung gehörloser Stadtführer/innen, behindertengerechte öffentliche Toiletten sowie Belange und Bedarfe von Menschen mit Hörschädigungen, wurden bereits eine Vielzahl von Veränderungen im Sinne der Barrierefreiheit angestoßen.

Kinder, Jugend und Familie

Auch das **Amt für Kinder, Jugend und Familie** nimmt selbstverständlich, wenn möglich, bei Baumaßnahmen steuernd Einfluss auf physische Barrierefreiheit. Der Abbau von Barrieren in den Köpfen ist nur sehr schwer zu operationalisieren, gehört aber zu den Herausforderungen, denen sich die Mitarbeiter/innen im Alltag stellen, wenn sie dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

Schule

Für den Bereich **Schule** beinhaltet der einstimmige Beschluss des Rats vom 30.08.2007 "Verdopplung der Plätze im Gemeinsamen Unterricht (GU)" bis 2010 ein deutliches Votum zum Abbau von Barrieren, die zurzeit noch den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung verhindern. Die **Schulentwicklungsplanung** berücksichtigt diesen Auftrag in ihren zukünftigen Konzepten. Selbstverständlich werden neu erbaute oder grundsanierte Schulen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen barrierefrei erstellt.

Arbeitslose	<p>Für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen wurde in der <b>ArGe</b> Köln ein besonderes Fallmanagement, das sog. <b>Disability-Management</b> entwickelt und stetig ausgebaut. Um diesem besonders benachteiligten Personenkreis die Möglichkeit einer passgenauen beruflichen Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt bzw. Ausbildungsmarkt zu geben, ist die ressourcenorientierte Bündelung aller Kompetenzen im Sinne eines spezialisierten Fallmanagements für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen notwendig.</p>
Bürgerhäuser und -zentren	<p>Leider bestehen in den Gebäuden, in denen die <b>Bürgerhäuser</b> beheimatet sind, noch Mängel in Bezug auf Barrierefreiheit. Im Rahmenkonzept für die Arbeit der Kölner Bürgerhäuser und -zentren heißt es, dass sich für die Stadt Köln auf der Grundlage eines Beschlusses des Ausschusses für Soziales und Senioren am 22.04.2002 zu "Forderungen zur Barrierefreiheit Kölns" die Verpflichtung ergibt, die Gebäude der Bürgerhäuser und Bürgerzentren in einen barrierefreien Zustand zu versetzen. Ein Maßnahmenprogramm wird dazu vorbereitet. Die Einrichtungen sind verpflichtet, Programme und Veröffentlichungen unter Berücksichtigung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG-NRW) zu entwickeln und umzusetzen.</p>
Interkulturelle Kompetenz	<p>Zur Beseitigung von psychischen Barrieren bei Menschen mit <b>Migrationshintergrund</b> bei der Inanspruchnahme von städtischen Diensten fördert die Stadt Köln die interkulturelle Kompetenz ihrer Beschäftigten durch entsprechende Fortbildungsangebote. Selbstverständlich helfen Beschäftigte mit speziellen Sprachkenntnissen bei der Bewältigung von sprachlichen Barrieren.</p> <p>Durch Unterzeichnung der "<b>Charta der Vielfalt</b>" verpflichtete sich die Stadt Köln das <b>Diversity-Management</b> umzusetzen und dadurch den weiteren Abbau von physischen und psychischen Barrieren voranzutreiben. Konkrete Maßnahmen hierzu sind in Planung.</p>
neue Bauvorhaben	<p>Sowohl die <b>Behindertenbeauftragte</b> als auch die Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen sind in den Planungsverfahren zahlreicher Bauvorhaben einbezogen. Die regelmäßig stattfindenden Anhörungsverfahren haben dazu geführt, dass die Gesichtspunkte der Barrierefreiheit frühzeitig berücksichtigt werden. Gleichzeitig zeigt sich immer wieder, dass Bauvorhaben, die ohne eine solche Beteiligung durchgeführt werden, Mängel in der Barrierefreiheit aufweisen. In verschiedenen Fällen konnte hier vor der Fertigstellung noch rechtzeitig nachgebessert werden.</p> <p>Maßgebliche Vorschriften und Vorgaben zum <b>barrierefreien Bauen</b>, hier insbesondere bei Straßenbaumaßnahmen, sollen in eine Broschüre einfließen. Beispielsweise bei Einrichtung von Baustellen ist diese Publikation dann den Bauherren zur Beachtung zur Verfügung zu stellen. Ein inhaltliches Konzept hierzu</p>

Tiefgaragen und Parkhäuser	wird durch das <b>Amt für Straßen und Verkehrstechnik</b> erarbeitet.
Tiefgaragen und Parkhäuser	Das <b>Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster</b> verwaltet elf Tiefgaragen und Parkhäuser mit insgesamt ca. 6.200 Stellplätzen. Die Tiefgaragen und Parkhäuser wurden überwiegend in den 70er und 80er Jahren errichtet. Damals hatte eine behinderten- und barrierefreie Bauweise eher nachrangige Priorität. Dennoch wurden in allen Parkeinrichtungen Behindertenstellplätze eingerichtet. Lediglich zwei kleinere Tiefgaragen (6 % aller Stellplätze) verfügen nicht über einen Zugang zu einem Aufzug. Nur unter enormen finanziellen Anstrengungen wäre hier ein nachträglicher Einbau eines Aufzugs möglich.
öffentliche Toiletten	Im Kölner Stadtgebiet ist ein dringender Bedarf an weiteren öffentlichen Toilettenanlagen und hier besonders für behindertengerecht ausgestaltete Anlagen festzustellen. Die <b>Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik</b> hat diese Problematik aufgegriffen und eine Empfehlung an die Verwaltung zur Schaffung zusätzlicher behindertengerechter Anlagen beschlossen. Aktuell sind im Kölner Stadtgebiet lediglich zwei behindertengerechte Toilettenanlagen vorhanden. Im Zuge der Umgestaltung des Zugangs zum Südturm des Doms wird die vorhandene öffentliche Toilette behindertengerecht umgerüstet. Damit steht in dieser zentralen Innenstadtlage kurzfristig eine weitere Anlage zur Verfügung. Entsprechend dem Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik prüft das <b>Bauverwaltungsamt</b> zurzeit, an welchen Standorten weitere Toilettenanlagen errichtet werden können und wie Betrieb und Unterhaltung der Anlagen zu sichern sind.
Grünanlagen und Spielplätze	Selbstverständlich hält das <b>Amt für Landschaftspflege und Grünflächen</b> bei Neubaumaßnahmen und Sanierungen von Grünanlagen und Spielplätzen in Grünanlagen die aktuellen Regelungen zur Barrierefreiheit ein. Langfristig erfolgt eine Untersuchung aller Grünanlagen und Spielplätze auf Barrierefreiheit. Einige vorhandene Grünanlagen sind u. a. nicht barrierefrei, da manche Zugänge mit den eingebauten Drängelgittern und Umlaufschranken nicht den aktuellen Vorgaben zur Barrierefreiheit entsprechen. Aufgrund der Vielzahl der Grünanlagen können die Zugänge nur sukzessive umgebaut werden und den aktuellen Regelungen zur Barrierefreiheit angepasst werden.
Kunst und Kultur	Natürlich wurden auch bei den <b>Bühnen Köln</b> im Hinblick auf Barrierefreiheit diverse Bereiche des Theaters weiterentwickelt. Bestehende bauliche Einrichtungen, wie Rollstuhlplätze, Aufzüge, Schwerhörigenanlage, etc. sind regelmäßig in Gebrauch und ggf. auch in Erneuerung. Jüngst wurden z.B. die defekten Infrarotanlagen im Opern- und Schauspielhaus durch moderne Funkanlagen ersetzt. Ebenso wurde zu Beginn der Spielzeit 07/08 der Internetauftritt unter Gesichtspunkten der Barrierefreiheit überarbeitet.

Internet

Das **Dezernat für Kunst und Kultur** hat im übrigen für die städtischen und stadt-eigenen Kultureinrichtungen das Handlungskonzept Behindertenpolitik auf den Weg gebracht und beabsichtigt, die Finanzierung erster Maßnahmen in die Beratung des Haushaltplans 2010 einzubringen.

Die **Online-Redaktion** baut zusammen mit einer Firma den Internet-Auftritt der Stadt Köln auf eine barrierefreie Version um. Der barrierefreie Internet-Auftritt ist als Projekt des Oberbürgermeisters für die Umsetzung des Beschlusses "Barrierefreies Köln" des Ausschusses für Soziales und Senioren von 2002 benannt.

"Köln überwindet Barrieren – Eine Stadt für Alle!" – für die Verwirklichung dieses Ziels ist die Beseitigung von Barrieren eine wichtige Voraussetzung. Neben den physischen Barrieren gilt es vor allem, die Barrieren in den Köpfen abzubauen. Hierzu tragen Maßnahmen der Mitarbeiterfortbildung nach innen und öffentliche Projekte und Veranstaltungen nach außen erfolgreich bei. Darüber hinaus gilt für alle neu begonnenen Maßnahmen selbstverständlich grundsätzlich die Verpflichtung zur Barrierefreiheit.

## 2.10 Bürgerschaftliches Engagement

In allen Bereichen der Stadtgesellschaft hat das bürgerschaftliche Engagement eine zentrale Bedeutung: Menschen engagieren sich in Köln in der sozialen Arbeit, in der Politik, in Vereinen, Schulen, in ihrem Veedel. An vielen Stellen arbeiten hauptberufliche und freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen. Die unterschiedlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Interessen finden Berücksichtigung und fließen in die gemeinsame Arbeit ein. Festzuhalten bleibt jedoch, dass bürgerschaftliches Engagement die hauptamtliche Tätigkeit nicht ersetzen kann und soll.

FABE, StadtAktiv, KABE,  
Netzwerk Bürgerenga-  
gement

Die **Kommunalstelle FABE** (Förderung und Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements) wurde 2001 im **Amt des Oberbürgermeisters** eingerichtet, um mehr öffentliche Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit zu erreichen, das Bewusstsein für das Thema Ehrenamt zu stärken und die Rahmenbedingungen für ehrenamtlich tätige Menschen zu verbessern.

Ebenso praktiziert die Stadtverwaltung seit 2003 **Corporate Volunteering** (Bereitstellung von Arbeitskraft, Zeit und Fachwissen des Personals eines Unternehmens für gemeinnützige Einrichtungen) unter dem Titel StadtAktiv. Außerdem nimmt die Verwaltung seit 2003 mit zahlreichen Projekten am Kölner Freiwilligentag teil, der von der Kölner Freiwilligen Agentur organisiert wird.

Der Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement (**KABE**) ist ein Zusammenschluss von sechs Vermittlungs- und Beratungsagenturen für Ehrenamtliche. KABE berät Freiwillige und vermittelt diese stadtweit in geeignete ehrenamtliche Tätigkeiten. Für die Vermittlungsarbeit erhält KABE einen festgelegten finanziellen Zuschuss aus Haushaltsmitteln der Stadt Köln.

Das **Kölner Netzwerk Bürgerengagement** hat zum Ziel bessere Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in Köln zu schaffen. Das in 2004 entwickelte "Konzept zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements" dient dem Netzwerk seit 2005 als Arbeitsgrundlage. Dementsprechend werden die im Konzept enthaltenen Handlungsempfehlungen kontinuierlich in die Praxis umgesetzt.

Das Kölner Netzwerk Bürgerengagement, dessen Geschäftsführung bei FABE liegt, ist ein Zusammenschluss von Organisationen und Einzelpersonen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Das Entscheidungsgremium des Netzwerks ist die Steuerungsgruppe, die aus Vertreter/innen der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtverwaltung, KABE und Kommunalstelle FABE besteht. Die inhaltlich thematische Arbeit findet in Arbeitsgruppen statt. Jährlich entscheidet die Steuerungsgruppe in enger Absprache mit den Arbeitsgruppen über neue und weiter-

Bürgerhäuser und –  
zentren

zuführende Themenbereiche.

Die Stadt Köln hat ein Konzept zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erarbeitet. In diesem Kontext nehmen die **Bürgerhäuser und Bürgerzentren** eine herausgehobene Position ein, denn die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Mitgestaltung des Alltages in den Einrichtungen ist historisch gewachsen. Viele Bürgerhäuser und Bürgerzentren sind erst aus dem gesellschaftspolitischen Engagement der Wohnbevölkerung vor Ort entstanden und eignen sich daher in besonderem Maße, Wege zu erschließen und Perspektiven aufzuzeigen, die **bürgerschaftliches und gesellschaftspolitisches Engagement** begünstigen und ermöglichen. Dazu gehören z.B. neben der Einbindung in die Struktur und Arbeit der Einrichtungen auch die Bereitstellung von Infrastruktur und Know How für selbstorganisierte Betätigung. Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren haben einen Verbindungs- und Vernetzungsauftrag für die örtlichen Initiativen und Gruppen untereinander und zu den Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil. Sie übernehmen hier die Funktion von sog. "Brückeneinrichtungen", indem sie vermittelnde Strukturen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, selbstorganisierten Zusammenschlüssen (Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen) und Parteien und Behörden bereitstellen.

In der Gesamtbetrachtung wird Bürgerengagement als wichtige Ressource zur Erhaltung der Lebensqualität verstanden, denn durch ein hohes Maß an Teilhabe wird das Gemeinwesen durch die Bürgerinnen und Bürger verantwortungsbewusst mit gestaltet und geprägt.

Senioren und Seniorin-  
nen

Eine wichtige Säule im Bereich der **offenen Seniorenarbeit** ist das ehrenamtliche Engagement von Kölner Bürgerinnen und Bürgern. Durch die Förderung der Fachberatung bei den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege stellt das **Amt für Soziales und Senioren** sicher, dass dieser Personenkreis gesicherte Strukturen und bei Bedarf entsprechende Hilfestellung vorfindet. So wurden in 2007 124.916 € für die Förderung der Fachberatung an die Verbände ausgezahlt.

Im Bereich der verselbständigten **SeniorenNetzwerke** (die SeniorenNetzwerke, die ohne hauptamtliche Koordination weiter bestehen und nur durch ehrenamtliches Engagement existieren) wird eine finanzielle Unterstützung von 1.000 € pro Netzwerk jährlich gegeben. Damit wird es den Ehrenamtlern ermöglicht, Sachkosten, die in Ausübung ihres Ehrenamts entstehen, zu decken.

Migranten und Migran-  
tinnen

Im Bereich der **interkulturellen Arbeit** mit integrativem Ansatz engagieren sich bereits seit Jahren zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund ehrenamtlich, vor allem in Migrantenselbstorganisationen, interkulturellen Zentren und Kooperationen mit institutionellen Trägern der Sozialarbeit. Migranten und Migrantinnen arbeiten in den kommunalen Gremien zur Förde-



	<p>zung des bürgerschaftlichen Engagements aktiv mit und nutzen die vorhandenen Strukturen.</p>
KidS	<p>Bei den <b>Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtungen</b> der Stadt Köln (KidS) werden Ehrenamtler nach einem festgelegten Verfahren in die Mitarbeit integriert, z.B. basteln, spielen oder vorlesen.</p>
Sport	<p>Die <b>Sportfachverwaltung</b> hat in Verbindung mit der FABE und dem SSBK (StadtSportBund Köln e.V.) eine Veranstaltung geplant, bei der <b>Sportvereine</b> über die Möglichkeiten der Einbeziehung von Ehrenamtlern in die Vereinsarbeit informiert werden und gleichzeitig auch bei bekanntem Bedarf Kontakte hergestellt werden.</p> <p>Darüber hinaus berät das Sportamt ehrenamtlich geführte Sportvereine grundsätzlich hinsichtlich der Gründungsmodalitäten, Satzungsfragen, Bautätigkeiten und Zuschussmöglichkeiten.</p>
Schiedsfrauen und –männer	<p>Nach den Bestimmungen des Schiedsamtsgesetzes NRW sind die Gemeinden für die Einrichtung einer ausreichenden Zahl von Schiedsamtsbezirken und für die Ausstattung des Schiedsamtes zuständig. In der Stadt Köln sind ehrenamtliche Schiedsfrauen und Schiedsmänner in 48 Schiedsamtsbezirken tätig. Das <b>Rechts- und Versicherungsamt</b> betreut diese Schiedsämter, nicht zuletzt im Rahmen der Förderung des Ehrenamts, sehr intensiv. Der Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen hat diese in seinen Augen hervorragende Unterstützung der Kölner Schiedspersonen bereits mehrfach gewürdigt.</p>
Mitarbeiterqualifizierung	<p>Das <b>Personalamt</b> ist im Rahmen der Mitarbeiterqualifizierung am Thema beteiligt. So wurde das Seminar "Einführung in das Bürgerbeteiligungsmanagement" in das Fortbildungsprogramm der Stadt Köln aufgenommen. Das Seminar richtet sich an Mitarbeiter/innen mit Bürgerkontakt, die wissen wollen, wie Probleme durch frühzeitige Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern besser gelöst werden können. Die Beschäftigten werden über verschiedene Bürgerbeteiligungsverfahren, deren Methoden, Ziele und Anwendungsbereiche informiert und in die Lage versetzt, Problem- und Konfliktsituationen richtig einzuschätzen sowie grundlegende Moderationstechniken anzuwenden.</p>
Kunst und Kultur	<p>Der <b>Museumsdienst</b> fördert das bürgerschaftliche Engagement durch die Betreuung der sog. Arbeitskreise (AKs) in den Museen der Stadt Köln. In diesen Arbeitskreisen sind Bürgerinnen und Bürger engagiert, die den Museen unentgeltlich und regelmäßig Führungen durch Sammlungen und Sonderausstellungen anbieten. In regelmäßigen Fortbildungen und Schulungen vermittelt der Museumsdienst den Ehrenamtlichen inhaltliches und methodisches Know How für ihre Tätigkeit.</p> <p>Auch im <b>Kölnischen Stadtmuseum</b> wird dem bürgerschaftlichen</p>

Engagement in vielfältiger Form begegnet. Seit 1968 werden Aktivitäten durch die "Freunde des Kölnischen Stadtmuseums e. V." unterstützt. Seit 1985 sind zwei ehrenamtliche Arbeitskreise aktiv, die die Besucher des Museums mit Führungen und Vorträgen betreuen. Und sicher ist das Angebot, einen lange gewünschten Erweiterungsbau zu stiften, das zurzeit geprüft wird, die großzügigste Form bürgerschaftlichen Engagements.

In Köln trifft man auf vielfältiges bürgerschaftliches Engagement und das durchaus nicht nur im klassisch sozialen Bereich. Kölner Bürgerinnen und Bürger engagieren sich vielseitig. Die Verwaltung regt nicht nur zu weiterer Beteiligung der Bürgerschaft an, sondern ermutigt auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, daran teilzuhaben.

### 3 Sozialraumorientierte Hilfsangebote – ein Gesamtbeispiel

Selbstverständlich existieren zahlreiche Handlungsfelder, die die Ausprägung mehrerer oder aller der zuvor an Einzelbeispielen beschriebenen zehn Elemente erfüllen. So finden sich im Themenbereich "Sozialraumorientierte Hilfsangebote" sämtliche Elemente in unterschiedlicher Ausprägung wieder:

Für die sozialraumorientierten Hilfsangebote wurden seinerzeit die folgenden Projektziele festgelegt:

- verbesserte Integration
- verstärkte Partizipation
- optimierte Hilfen und Angebote
- wirtschaftlicher Mitteleinsatz
- optimierte Kooperation

Durch die Realisierung des Sozialraumansatzes in zehn definierten Sozialräumen soll vorrangig eine Konzentration der öffentlichen Mittel auf Wohngebiete mit besonderer sozialer Belastung erfolgen.

Durch das Handeln der Stadt soll, trotz kommunaler Haushaltskrise, die Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung durch eine verbesserte Kooperation und einen effektiveren Mitteleinsatz gewährleistet werden.

Dabei sollen die bestehenden Hilfsangebote bürgernäher werden und die Leistungserbringer flexibler reagieren können. Die soziale Sicherung der Stadt Köln soll sich noch stärker auf Anreize zu Vorsorge und Vorbeugung konzentrieren.

Folgende Prinzipien sind dabei handlungsleitend:

- Bedarfe der Wohnbevölkerung stehen im Zentrum
- Unterstützung von Selbsthilfekräften und Eigeninitiative
- Nutzung der Ressourcen des sozialen Raums
- zielgruppen- und bereichsübergreifende Orientierung
- Kooperation und Koordination der sozialen Dienste

Entscheidend ist, dass sich das Handeln aller Beteiligten an den methodischen Prinzipien der Sozialraumarbeit orientiert.

Ein Fallmanagement mit verbindlicher ressortübergreifender und interdisziplinärer Hilfeplanung soll

- schnelle, passgenaue und flexible Entwicklung von integrierten Hilfen ermöglichen,
- Zielgenauigkeit, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Hilfen sicherstellen,
- Schnittstellenüberschneidungen vermeiden,
- frühzeitige und verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu Hilfen verschaffen,
- Lebensweltorientierung sicherstellen (z.B. durch Verbleib in der Familie, im sozialen Umfeld, in der Regeleinrichtung).

Angestrebt wird ein Systemwechsel entsprechend der Ziele: Das soziale und solidarische Köln soll gestärkt und zukunftsfest gemacht werden und entspricht damit den Vorstellungen des

Leitbilds für Köln. Der sozialraumorientierte Ansatz des Modellprojekts Buchheim zum Beispiel soll im Sinne einer fachübergreifenden Arbeitsstruktur von Verwaltung und freien Trägern bedarfsgerecht um die Bereiche Soziales, Gesundheit, Bildung und Sport im jeweiligen Sozialraum erweitert werden.

Potentielle Aufgabenfelder im Sozialraum sind hierbei Kinder- und Familienförderung, Tagesbetreuung für Kinder, Erziehungshilfen, Kinder- und Jugendarbeit, Wohnhilfen, Qualifizierungs- und Berufshilfen, Seniorenarbeit, Gesundheitshilfen, Behindertenhilfen sowie Schülerhilfen und –förderung, daneben aber auch stadtweite Angebote (z.B. Schuldnerberatung) und die Kooperation mit Schulen, Kirchen, Polizei, der ARGE, Wohnungsbaugesellschaften und Vereinen z.B. aus den Bereichen Sport und Bildung/Kultur.

## **4    Ausblick**

Die unter den zehn Elementen beschriebenen Maßnahmen können nicht im Einzelnen bewertet werden. Die Gesamtbetrachtung belegt jedoch soziales Handeln in Köln in vielen Facetten. Dies ist in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen auch ein Verdienst der engagierten Kölner Bürgerinnen und Bürger.

Es zeigt sich deutlich, dass Sozialpolitik nicht nur in den explizit zugewiesenen sozialen Handlungsfeldern stattfindet. Vielmehr findet der soziale Aspekt in vielen kommunalen Handlungsfeldern Berücksichtigung.

Wir finden die von den Leitlinien beschriebenen besonderen Ressourcen und Potentiale der Kölner Stadtgesellschaft wieder und damit auch das solide Fundament für eine soziale Stadt. Sicherlich ist dieses Fundament ausbaufähig. Erste Ausbauten werden sich gewiss im ersten Entwicklungsbericht belegen lassen.

Köln ist auf einem guten Weg!